INTERIM
Nr. 117
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
auswärts
2,50 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2 DM

HALT'S MAUL, DEUTSCHLAND

DEMONSTRATION
GEGEN RASSISMUS UND
DEUTSCHEN GRÖßENWAHN
3. OKTOBER 14 UHR ORANIENPLATZ
ENDE: 17 UHR ALEXANDERPLATZ

AKTIONSTAGE FÜR DEN
WIEDERZUSAMMENBRUCH
VOM 30.9.-3.OKTOBER

ES REICHT!

Neu: Jetzt mit Anleitung zum Bombenbau! Komplett mit allen Bauteilen!

27. September 1990

Vorwort:

Ihr könnt aufhören zu stöhnen, wir werden uns mit den "radikal-monumentalen" Titelbildern wieder einkriegen! Deshalb diesmal auch was praktisches. Wir hoffen, daß die Bömbchen breite Anwendung in den folgenden Tagen finden - die Anleitung ist unter dem Titel "Die Interim zur Waffe machen" auf Seite 10 zu finden. Oder wie einige LeserInnen meinen:



Zum Heft:

Von der EG-Gruppe der Schwarzen Katze aus Hamburg erhielten wir zwei zusammenhängende Papiere zur Stalinismus-Diskussion und Sowjetunion. Den zweiten Teil über "Leninismus und Perestroika - Modernisierungspolitik in der Sowjetunion" findet ihr in diesem Heft. Er beschäftigt sich mit der Politik seit Stalin's Tod bis zur Entwicklung in diesen Tagen - der Einführung des Kapitalismus. Der erste Teil über die Oktoberrevolution kommt in den Ordner, da er im wesentlichen Argumentationstrang (nämlich die Politik der Bolschewiki nur als andere Form einer Industrialisierungspolitik) nichts Neues zu den bisherigen Beiträgen (besonders dem Thesenpapier in der Nummer 108) enthält und auch nicht tiefer geht. Wen es genauer interessiert , sollte sich dann schon mit den einschlägigen Büchern beschäftigen - fragt mal eure BuchhändlerInnen.

ein Nachtrag: wir wurden von den Verfasserinnen des Artikels "Feminismus ist der Klassenkampf von ganz unten gegen das gesamte System - eine Antwort Schweizer Frauen auf den Brief von Eva Haule und Gisela Dutzi" gebeten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie keine Diskussionsbeiräge von Männern wünschen, da sie ausschließlich Frauen ansprechen wollen - Reaktionen von Frauen sind aber sehr erwünscht.

Wir finden es ganz wichtig,daß in der nächsten Ausgabe genauere Infos zu den Auseinandersetzungen am Alex vom Wochenende drin sind. Auch 'ne Chronologie von dem was,wann und wie die Faschos in den letzten Tagen gemacht haben,wär nötig!!

im Ordner: Die Rückkehr Dianas (35 Seiten),der erste Teil des Papiers "Leninismus und Perestoika" von der EG Gruppe der Schwarzen Katzen HH, eine Warnung vor Wolfgang Grüner vom Infoladen Tübingen, ein ganzer Schwung Flugis aus Nürnberg

Ganz wichtig !!!

Die INTERIM wird nächste Woche nicht erscheinen. Wir wollen auch auf den Straßen toben,Bonzen klatschen und First Ladies erschrecken - daß wir Beides nicht geregelt kriegen,hat sich aber jetzt erst herausgestellt. Finden wir selber blöde,daß es jetzt so kurzfristig angekündigt ist.

Inhaltsverzeichnis:

VERTRIEBSBEDINGUNGEN FÜR BRD; DDR; SCHWEIZ UND ÖSTERREICH:

Abos und Einzelbestellungen gibt es prinzipiell nicht - ist **uns** einfach zuviel Arbeit. Geht bitte in den nächsten INFO-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben. Eine Ausnahme ist natürlich, wenn ihr **im Knast** sitzt - dann gibt's ein kostenloses Knastabo.

INFO-Läden oder -Cafe's erhalten ein kostenloses Exemplar zum öffentlich auslegen bzw. zugänglich machen.

Buchläden und WiederverkäuferInnen können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit **euren** FreundInnen und benachbahrten WG's zusammen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

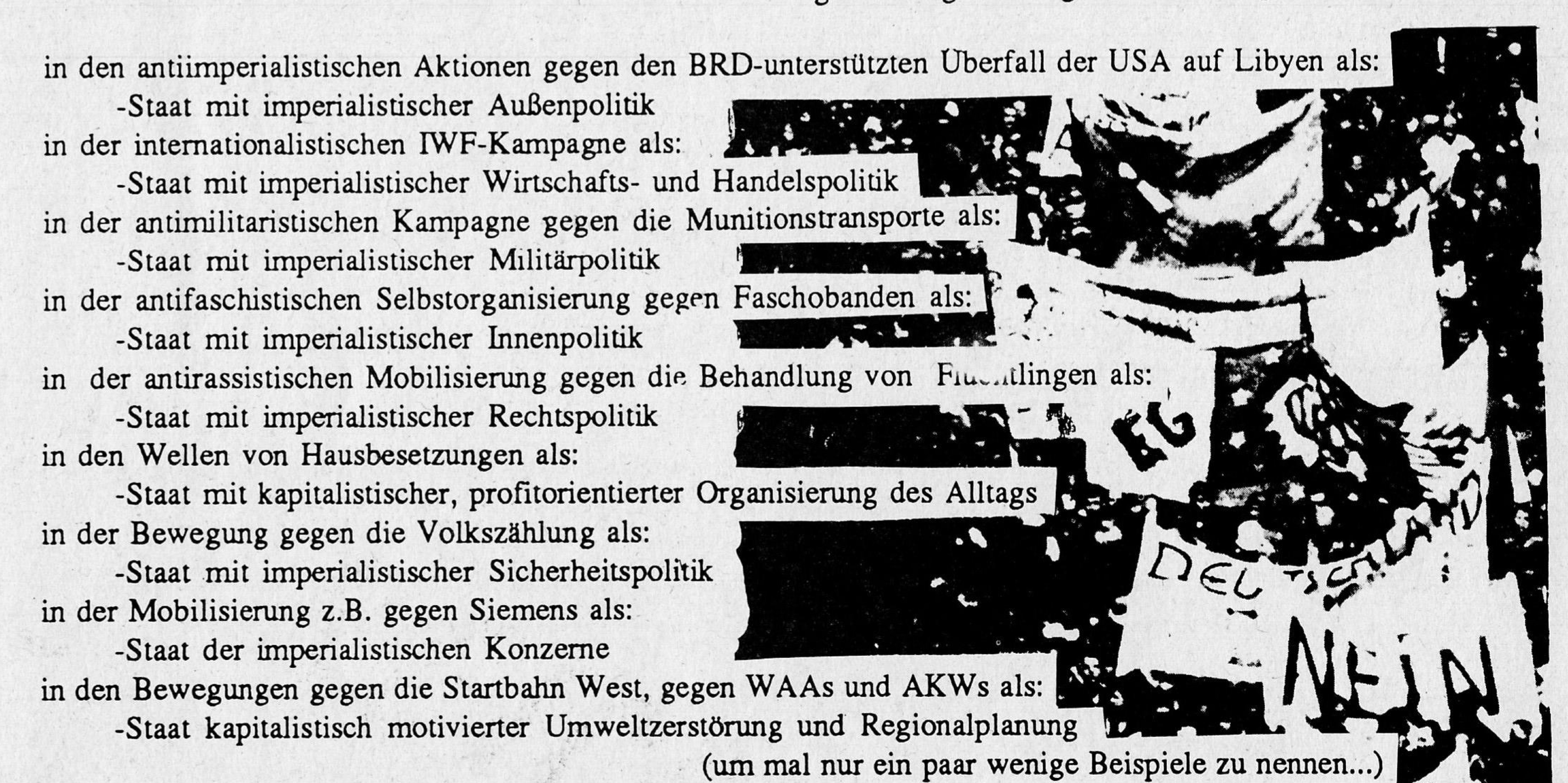
DEUTSCHLAND, HALTS MAUL - ES REICHT !!!

Für den Wiederzusammenbruch !

Am 3.Oktober vollzieht sich der Anschluß der DDR an die BRD und an diesem Tag sollen dazu in Berlin - wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht - auch die offiziellen Jubelfeiern stattfinden.
Wir sind zwar nicht eingeladen, aber kommen werden wir trotzdem, und wie immer bei solchen Anlässen wird das phantasievoll sein, unberechenbar, vielfältig und wirkungsvoll...

Fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende schluckt die BRD die DDR und damit den Staat, der als Antwort auf die Verbrechen der Nazifaschisten entstanden war. Nach dem von den Nazis geführten Eroberungskrieg werden also zum ersten Mal wieder deutsche Truppen das Territorium eines Nachbarlandes besetzen. Sie sollen das ausführen, was sich die Herrschenden der BRD seit es sie gibt auf die Fahnen (und in ihre Verfassung) geschrieben haben: Die Erweiterung des Staatsgebietes gen Osten. Die Beute ist stattlich: ein komplettes Land zur uneingeschränkten Ausschlachtung des Territoriums, der industriellen und landwirtschaftlichen Kapazitäten und - soweit die das zulassen werden - die Verwertung der dortigen Bevölkerung. Den ökonomischen Gewinn aus dieser Eroberung schätzen Bundesbankexperten auf ca. 1.500.000.000.000 (in Worten: eineinhalb Billionen) DM.
Dem bundesdeutschen Kapital fällt darüberhinaus die Vorreiterrolle in der Verwertung des Zerfalls des Warschauer Paktes zu. Das westdeutsche (Kapital-) "Modell Deutschland" droht damit innerhalb des entstehenden imperialistischen westeuropäischen Staatenbundes EG, und für die europäische Entwicklung überhaupt, zu dem Machtzentrum schlechthin zu werden.
Die antistalinistischen Aufstände, die nicht nur in der DDR zu grundsätzlichen Umbrüchen und zunächst offenen Situationen geführt haben, sind sehr schnell in den Würgegriff von sich im innern entwickelnden kapitalistischen Strukturen und dem Einfall des westeuropäischen Imperialismus geraten. Die vereinigte Mafia aus Konzernen, Händlern, Zuhältern, Reiseunternehmen, Haus- und Grundstückshaien, Dealern, religiösen Heilsbringern, Gastronomen,... erschließt sich neue Profitquellen. Mehr noch:
Mit dem Ende des "Ost-West" Konfliktes, d.h. der Ausschaltung der atomaren Drohfähigkeit der Sowjetunion eröffnen sich der NATO unter jetzt offenerer Mitwirkung der BRD neue Kriegsführungsmöglichkeiten gegen die abhängig gehaltenen und wirtschaftlich ausgebeuteten Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika. Und dem Krieg in der "3.Welt" entspricht die Abschottung der Grenzen gegen die Armutsregionen im entstehenden EG-Hinterhof Osteuropa und denen im Süden und die Perfektionierung/Vereinheitlichung der selektiven, rassistischen Politik gegen "Ausländer und Ausländerinnen", die hier im Zentrum leben...

Dennoch: Was sich da unter dem unheilverkündenden Namen "Gesamtdeutschland" gerade zusammenbraut, ist lediglich die Fortsetzung der BRD mit anderen Mitteln. Sie bleibt was sie war: legitimer Abkömmling (die nennen das "Rechtsnachfolger") des Nazistaats, imperialistische Macht.
Diesselbe BRD, wie wir sie in den zahlreichen Mobilisierungen der ganzen letzten Jahre darüberhinaus auch gleichzeitig immer genauer kennengelernt haben:



in den antiimperialistischen Aktionen gegen den BRD-unterstützten Überfall der USA auf Libyen als:
-Staat mit imperialistischer Außenpolitik
in der internationalistischen IWF-Kampagne als:
-Staat mit imperialistischer Wirtschafts- und Handelspolitik
in der antimilitaristischen Kampagne gegen die Munitionstransporte als:
-Staat mit imperialistischer Militärpolitik
in der antifaschistischen Selbstorganisierung gegen Faschobanden als:
-Staat mit imperialistischer Innenpolitik
in der antirassistischen Mobilisierung gegen die Behandlung von Flüchtlingen als:
-Staat mit imperialistischer Rechtspolitik
in den Wellen von Hausbesetzungen als:
-Staat mit kapitalistischer, profitorientierter Organisierung des Alltags
in der Bewegung gegen die Volkszählung als:
-Staat mit imperialistischer Sicherheitspolitik
in der Mobilisierung z.B. gegen Siemens als:
-Staat der imperialistischen Konzerne
in den Bewegungen gegen die Startbahn West, gegen WAAs und AKWs als:
-Staat kapitalistisch motivierter Umweltzerstörung und Regionalplanung
(um mal nur ein paar wenige Beispiele zu nennen...)

innerhalb dieser Kämpfe und in den Mobilisierungen von Frauen z.B. gegen imperialistische Bevölkerungspolitik, als:
-Staat der patriarchalen Herrschaft, des Sexismus und der Männergewalt

Leichen pflastern den Weg der herrschenden Klasse in der BRD und er mündet in der einzigen gesellschaftlichen "Utopie", die sie zu bieten hat: dem kapitalistischen, patriarchal/rassistischen Normalzustand, wie wir ihn kennen.
Alles ist käuflich, Ware - und die erzeugt Konkurrenz und Ellenbogen.
Mensch und Natur sind zur Verwertung freigegeben, Frauen der Männermacht, "Schwarze" dem Metropolenchauvinismus.



Das ist der eigentliche inhaltliche Kern der Jubelfeiern am 3.10...

Aber wie in jeder gesellschaftlichen Formation, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und patriarchale Herrschaftssicherung beruht, entstehen auch im Kapitalismus die Widersprüche dazu ständig neu.

Und dieser *lebendige Widerspruch* soll an dem Tag die Straße bestimmen - gegen das was da vor versammelten Weltmedien zelebriert werden soll und für ein politisches Signal an uns selbst und an die, die weltweit mit den deutschen Blutsaugern und Völkermördern konfrontiert sind.

Deshalb rufen wir alle auf, die:

sich an den Schulen gegen Faschobanden organisieren, in Wackersdorf, Brokdorf oder an der Startbahn gegen den Bauzaun angerannt sind, für die ersatzlose Streichung des §218 sind, sich Staatsbesuche von US-Präsidenten nicht entgehen lassen, politische Arbeit in El Salvador-, Südafrika- oder Vietnamkomittees mach(t)en, gegen Isolationsfolter auf die Straße gehen, Rekrutenvereidigungen gestört haben, bei der iwf-tagung in Berlin Bänker beklatscht haben, REP-Parteitage sprengen, Abschiebung von Flüchtlingen verhindern, gegen Fahrpreiserhöhungen randalierten, dabei sind, wenns vor nem Knast bebt, gegen Umstrukturierung ihres Stadtteils kämpfen, gegen stinkende Chemiefabriken anstänkern, sich gegen alltäglichen Sexismus organisieren, in Hafenstädten (und nicht nur da) Häuser besetzen, den 1.Mai in Berlin seit 1987 klasse finden, in den Niederlanden Shell oder in Wien Opernbälle nicht leiden können, im Baskenland, in Dänemark, in der Schweiz oder in Italien Zentren besetzen, in der DDR den Stasi zur Hölle geschickt haben und nicht wollen, daß er als VS verkleidet wieder aufkreuzt, in England gegen Poll Tax und Rassismus Aufstände anzetteln, in Polen vom Kapitalismus jetzt schon die Schnauze voll haben,...

mit uns zusammen zum 1. "Tag der deutschen Einheit" am 3.10. eine breite und gewaltige Mobilisierung auf die Straße zu bringen und diesen Tag zu einem unvergeßlichen Ereignis werden zu lassen.

Beteiligt euch massenhaft an den AKTIONSTAGEN gegen Rassismus und für den Wiederzusammenbruch vom 30.September - 3.Oktober in Berlin

Beteiligt euch massenhaft an der DEMONSTRATION gegen Rassismus und für den Wiederzusammenbruch

am 3.Oktober in Berlin
Beginn 14.00 Uhr - Oranienplatz - Kreuzberg 36
Abschlußkundgebung ca. 17.00 Uhr - Alexanderplatz - (Ost)berlin Zentrum

Den für 18.00 Uhr dort geplanten "Aufzug" der Faschisten verhindern !
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN (schon gar nicht in den Tagen) !!!

FÜR EINEN 2./3.OKTOBER ALS "TAG DES ANFANGS VOM UNTERGANG DER NEUEN BRD" !!!

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !!!

AKTIOMSTAGE GEGEN RASSISMUS FÜR DEN WIEDERZUSAMMENBRUCH

Hallo,
am 3.Oktober sind hier in Berlin die offiziellen Jubelfeierlichkeiten zum "Tag der deutschen Einheit". Sich zu diesem Datum zu verhalten liegt auf der Hand. In Berlin haben die konkreteren Diskussionen erst 3 Wochen vorher begonnen mit dem Ziel möglichst schnell sehr praktisch Aktivitäten zu planen. *Das ist gleichzeitig die erste größere Mobilisierung, die gemeinsam zwischen ost- und westberliner radikaleren Zusammenhängen angegangen wird.*
Wir haben beschlossen, DDR-weit, bundesweit und, soweit das noch möglich ist, international zu mobilisieren. Aufgrund des enormen Zeitdrucks ist klar, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, sich schnell zu entscheiden und zu organisieren, was noch zu organisieren ist.
Von uns aus in Berlin wird organisiert:
"AKTIONSTAGE GEGEN RASSISMUS UND FÜR DEN WIEDERZUSAMMENBRUCH"
Das heißt bisher konkret vor allem der 2.Oktober. An diesem Tag findet "offiziell" der Schwerpunkt der Feierlichkeiten statt. Geplant von denen ist eine Mischung aus volksfestartigen "bunten" Massenveranstaltungen (Festmeile unter den Linden* mit "Kultur, Fressen, Saufen",...) und "nationalem Ernst", also Präsentationsveranstaltungen. Von diesen Veranstaltungen von und für die Spitzen aus Politik, Konzernen, Kirchen,... haben wir zunächst zwei Punkte als für uns interessante herauskristallisiert:
1. Staatsakt im Ostberliner SCHAUSPIELHAUS in Ostberlin, Beginn 21 Uhr.
Wir versammeln uns um 20 Uhr zur "Begrüßung" der Ankommenden auf dem PLATZ DER AKADEMIE...
2. Staatsakt im und am REICHSTAG (Ansprachen, Fahnenwechsel, Feuerwerk,...) vor, um und nach Mitternacht. Wir versammeln uns ab 22 Uhr am Platz des SOWJETISCHEN EHRENMALS in der Nähe (ca. 100m Luftlinie). Der Platz wurde ausgesucht, weil er zum einen nahe genug am Geschehen ist, um die Situation und Stimmung am Reichstag abzuschätzen und dort rechtzeitig "einzusickern" und zum andern "abgelegen" genug, um uns gegebenenfalls von dort auch wieder zurückziehen zu können, wenn wir uns für was besseres entscheiden...
Z.B. wenn wir feststellen, daß wir dort mit 100000 deutsch-deutschen (und nochmal deutschen) JubelbürgerInnen konfrontiert sind. Diese Nacht wird jedenfalls nicht ihnen allein gehören...
Für den Tag und die Tage zuvor sind weitere Aktivitäten in Planung/werden angegangen, sind aber noch nicht konkreter, bzw. gesichert (Kriegt ihr rechtzeitig / spätestens hier in Berlin an den INFOSTELLEN mit...)
Ein "Motto" für die Aktivitäten in den Tagen ist noch nicht entschieden, wird sich aber wohl an sowas wie "Bänker(be)klatschen" während der Widerstandstage gegen die IWF-Tagung orientieren...
DEMONSTRATION GEGEN RASSISMUS UND FÜR DEN WIEDERZUSAMMENBRUCH am 3.Oktober
Die Demo geht los um 14 Uhr auf dem Kreuzberger Oranienplatz und soll gegen 17 Uhr auf dem Alexanderplatz in Ostberlin/Zentrum ankommen. Die Route geht zu etwa 2/3 durch Ostberlin und hat als "markante Punkte" z.B. das Springerhochhaus, das ehemalige Gestapo-Gelände, Checkpoint Charlie, die als Nobelstraße geplante Friedrichstraße (Luxushotels und ähnliches), der Sitz der Deutschen Bank in Ostberlin, das dann ehemalige DDR-Innenministerium,usw.. Ziel ist eine breite "Aktionseinheit auf der Straße", die sich für uns WestberlinerInnen/Westdeutsche aus den Erfahrungen der ganzen letzten Jahre mit dem BRD-Staat zusammensetzen soll (und für die OstberlinerInnen/DDR'lerInnen aus *ihrer* Geschichte der letzten Jahre...). Und das wird sich politisch wie praktisch auf der Demo/an den Tagen ausdrücken. Die Demo soll angemeldet werden und wird auf jeden Fall stattfinden.
INFOSTELLEN
Die haben die Funktion, die Infos zu geplanten, gerade passierenden und geschehenen Aktivitäten mitzukriegen und weiterzugeben, sowie solche Infos wie Schlafplätze usw. Bisher wird es gesichert die folgenden geben:
-BANDITO ROSSO, Lottumstr.10a, Ostberlin
-INFOLADEN Mainzerstr.5, Ostberlin
-FALCKELADEN, Falckensteinstr.46, Kreuzberg 36
-KOB, Potsdamerstr.157, Schöneberg
-RAT UND TAT, Liebenwalderstr.16, Wedding

*erst ab Kreuzung Friedrichstraße im östlichen Bereich...

-ISKRA, Mutesiusstr.18, Steglitz
Gesicherte Öffnungszeiten sind bisher:
am 2.10. von 14 Uhr bis 3 Uhr, am 3.10. von 10 Uhr bis 3 Uhr

FRAUEN

Westberliner Frauen- und Lesbenzusammenhänge rufen für den 29.9. zu einem "internationalistischen autonomen Frauenblock gegen Patriarchat und Kapital" auf (siehe Aufruf), zum 2./3. wird es in den nächsten Tagen den Aufruf zu eigenen Aktivitäten und zum Frauenblock auf der Demo geben.

ANDERE AKTVITÄTEN

Soweit uns bisher bekannt ist, plant das "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" für Kreuzberg einen Widerstandstag am 2.10. unter dem Motto "Tag der deutschen Gemeinheit" mit vielfältigen Aktivitäten. Am 2.10. abends soll es von der PDS sowas wie ein "Gegenkonzert" auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Ostberlin geben. Und am 2./3.Oktober die Gründung der "Republik Utopia" auf dem ehemaligen Todesstreifen in der Nähe des Reichstag. InitiatorInnen dieser Gründung sind v.a. KünstlerInnen aus dem "alternativen" Spektrum in Ostberlin. ..

"KRITERIEN" für die Tage

In Berlin hat sich für Massenmobilisierungen (z.B. gegen IWF, zum 1.Mai) politisch weitgehend durchgesetzt:

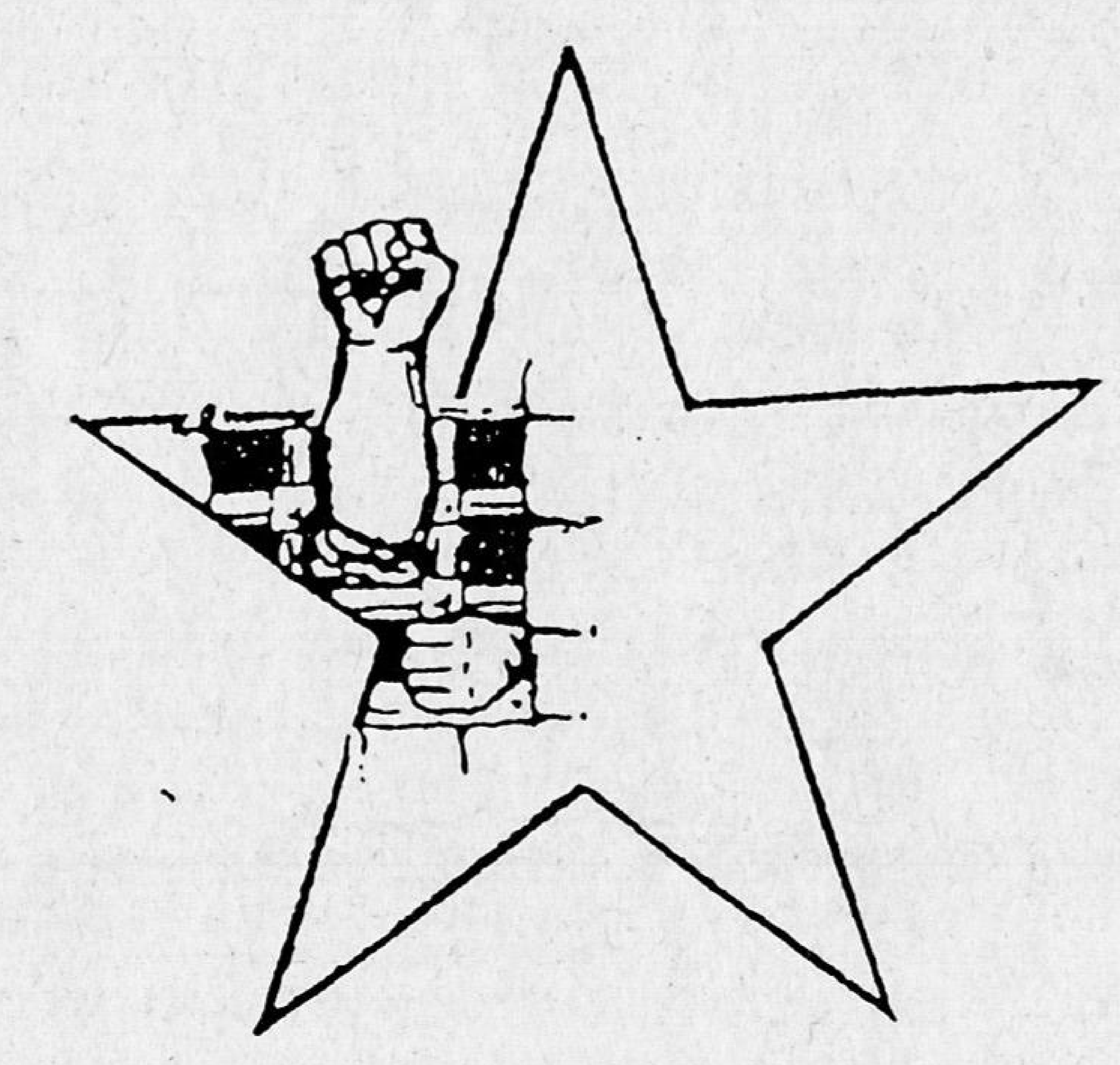
1. Praktische Aktionseinheit auf der Straße zwischen unterschiedlichen politischen Ausgangspunkten und praktischen Rangehensweisen. Differenzen und Auseinandersetzungen werden "unter uns" geklärt.
2. Alkohol hat bei politischen Aktivitäten nichts zu suchen

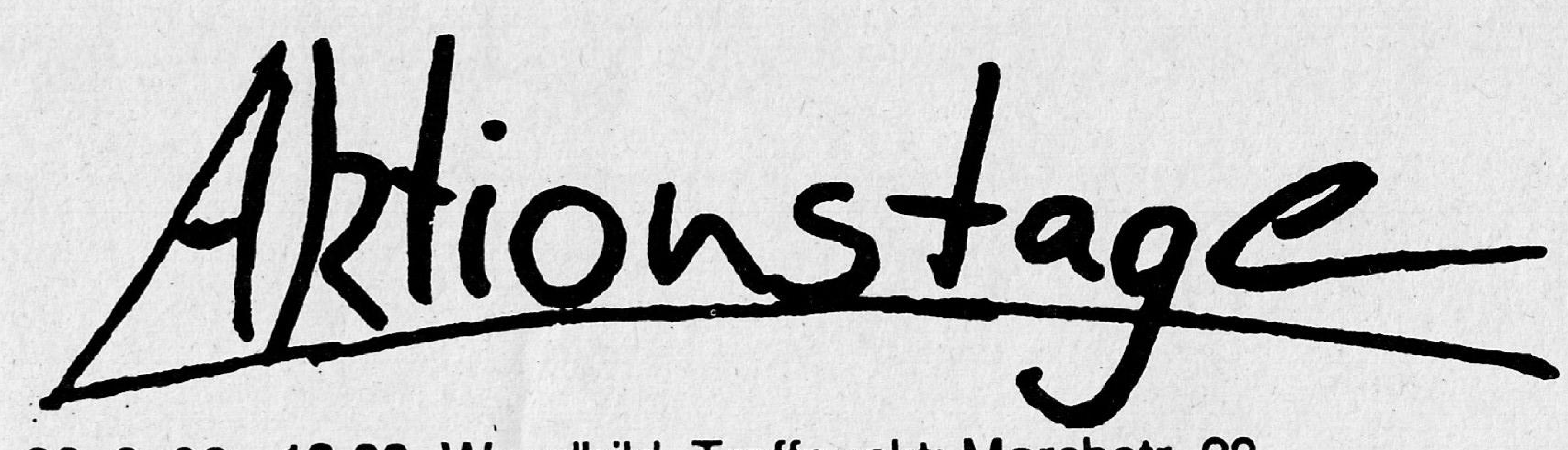
EINE BITTE...

Wir erreichen wegen der Kürze der Zeit nicht alle Leute in den Dörfern, Städten, Regionen und angrenzenden Ländern, die wir gerne erreichen würden (z.B. die 15-20000 Menschen, die am 12.5. in Frankfurt waren...), und müssen es deshalb z.T. euch überlassen, die ganzen Infos weiterzugeben. Nutzt also eure Kontakte untereinander und nach Berlin...! Kopiert die Aufrufe, macht die Plakate bekannt *(und schreibt auf die drauf, daß das ganze in Berlin stattfindet, das haben wir nämlich vergessen...).*
Wenn wir es finanziell und zeitlich noch schaffen, werden wir in den nächsten Tagen die weiteren praktisch-technischen Infos (wie Stadtpläne, EA in beiden Teilen der Stadt,...) zusammenstellen und losschicken. Das westberliner Wocheninfo Interim, das ja bundesweit zugänglich ist, enthält weitere Infos. Ansonsten (und falls wir das mit dem Verschicken nicht mehr hinkriegen): Anlaufpunkte unmittelbar vor den Tagen sind neben den Infostellen die Vollversammlungen vor dem 3.10.. Nämlich:
-Freitag, 28.9., 20 Uhr gesamtberliner VV im Mehringhof, Gneisenaustr.2a, Kreuzberg 61
-Samstag, 29.9., 20 Uhr "Städtetreffen" im Mehringhof
>>anderer Ort als in der Interim angegeben !<<
-*(nur für Frauen !)* Sonntag, 16 Uhr, FrauenVV im Falckeladen, Falckensteinstr.46 in Kreuzberg 36

Bis dann und bis zum 2./3.Oktober...
Tschüß

P.S. Kontaktadresse gibts keine, aber ihr findet uns - wie immer - auf Vollversammlungen, in besetzten Häusern und auf der Straße...





28. 9. 90	13.00	Wandbild, Treffpunkt: Marchstr. 23
	20.00	VV im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
29. 9. 90	20.00	Städtetreffen im Mehringhof
30. 9. 90	17.00	"Deutschland, geh' unter an deinen Symbolen!" Treffpunkt: Reichstag
1. 10. 90	10.00	Kundgebung vor der Ausländerbehörde: Gegen Rassismus und deutschen Größenwahn. Treffpunkt: Friedrich Krause Ufer/Torfstraße
2. 10. 90	20.00	"Wir pfeifen auf ihre Feierlichkeiten!" Treffpunkt: Platz der Akademie
	22.00	"Anstimmen des Abgesangs" Treffpunkt Sowj. Ehrenmal (Str. d. 17. Juni)
3. 10. 90	14.00	Demo gegen Rassismus und deutschen Größenwahn. Treffpunkt: Oranienplatz

Deutschland halt's Maul es reicht

Sonntag 30.9.
16.00 Frauen/Lesben VV zu den Aktionstagen und dem Frauenblock auf der 3.10-demo im Falckeladen, Falcken steinstr.46 1/36

LADSAHIR* - production PRÄSENTIERT:

"MIT MUSIK UND SPOTT GEGEN DIE DEUTSCHE BESOFFENHEIT"

Zum Hören und MITSCHNEIDEN am Montag, **1.10.90**, bei **Check-point**/Radio 100 auf 103,4 MHz unter dem Codewort "**23.55** h"
Warum zum Mitschneiden? Am **2.10.**, ab punkt **23.55** h wollen wir "Daheim-Gebliebenen" mit Boxen auf den Dächern und Balkonen, aus Fenstern und Kinderwagen, von Fahrrädern, Lastwagen oder mit dem Gettoblaster auf denm Straßen laut, lärmend und vor allem unüberhörbar "Feste feiern bis sie fallen"!

! MACHT MIT !
! BRINGT EURE MUSIK ZU EUREN NACHBARINNEN !
Lauscht Radio 100 am 2.10. ab 23.55 h!

*LADSAHIR: Lieber Radios auf die Straße als heim ins Reich

Infostellen

Öffnungszeiten:
2. 10. 90: 14.00 - 3.00
3. 10. 90: 10.00 - 3.00

K.O.B.
Potsdamer Str. 159
1/30 Schöneberg

Bandito Rosso
Lottumstr. 10a
1055 Prenzlauer Berg

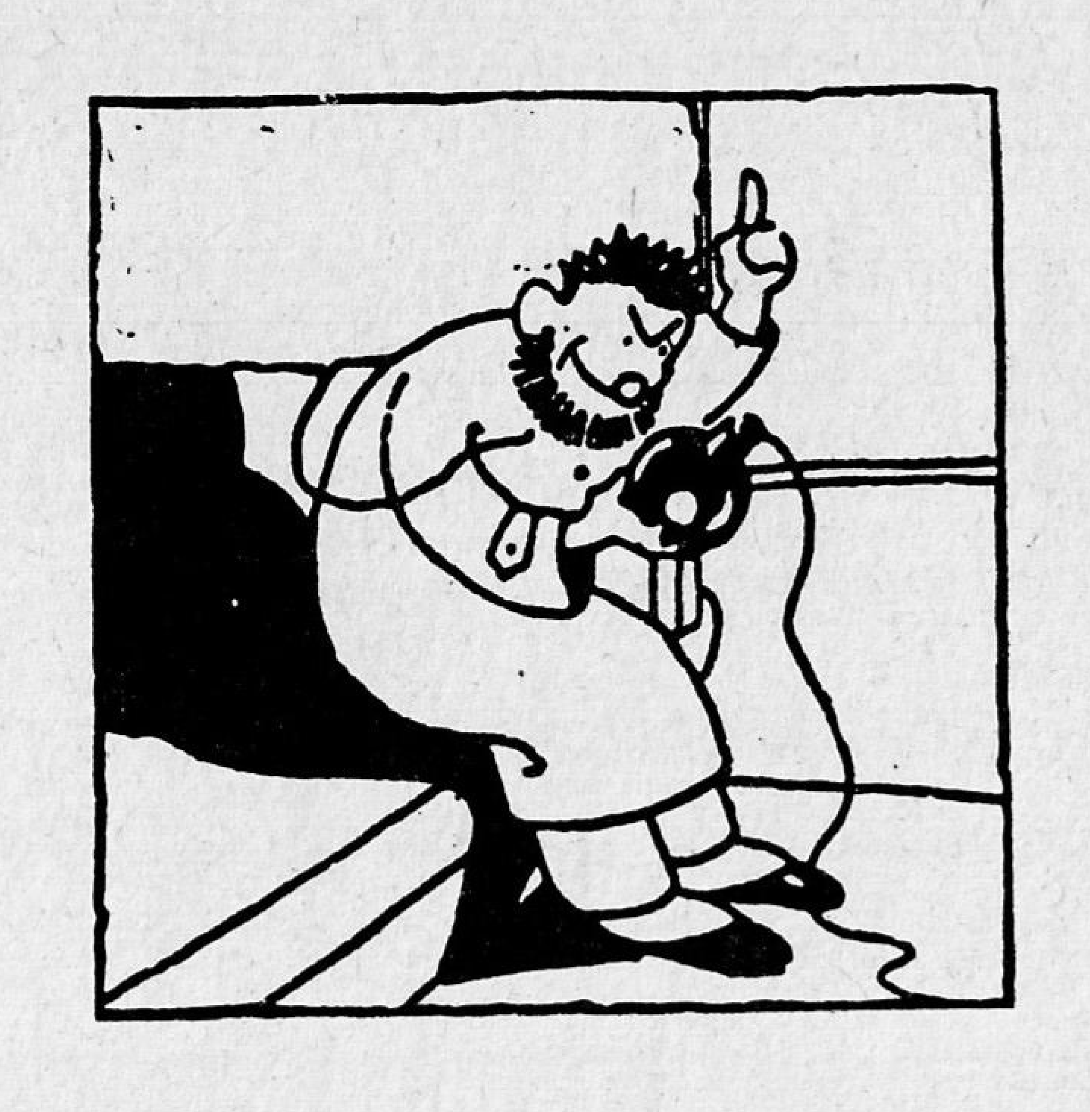
Rat & Tat
Liebenwalder Str. 16
1/65 Wedding

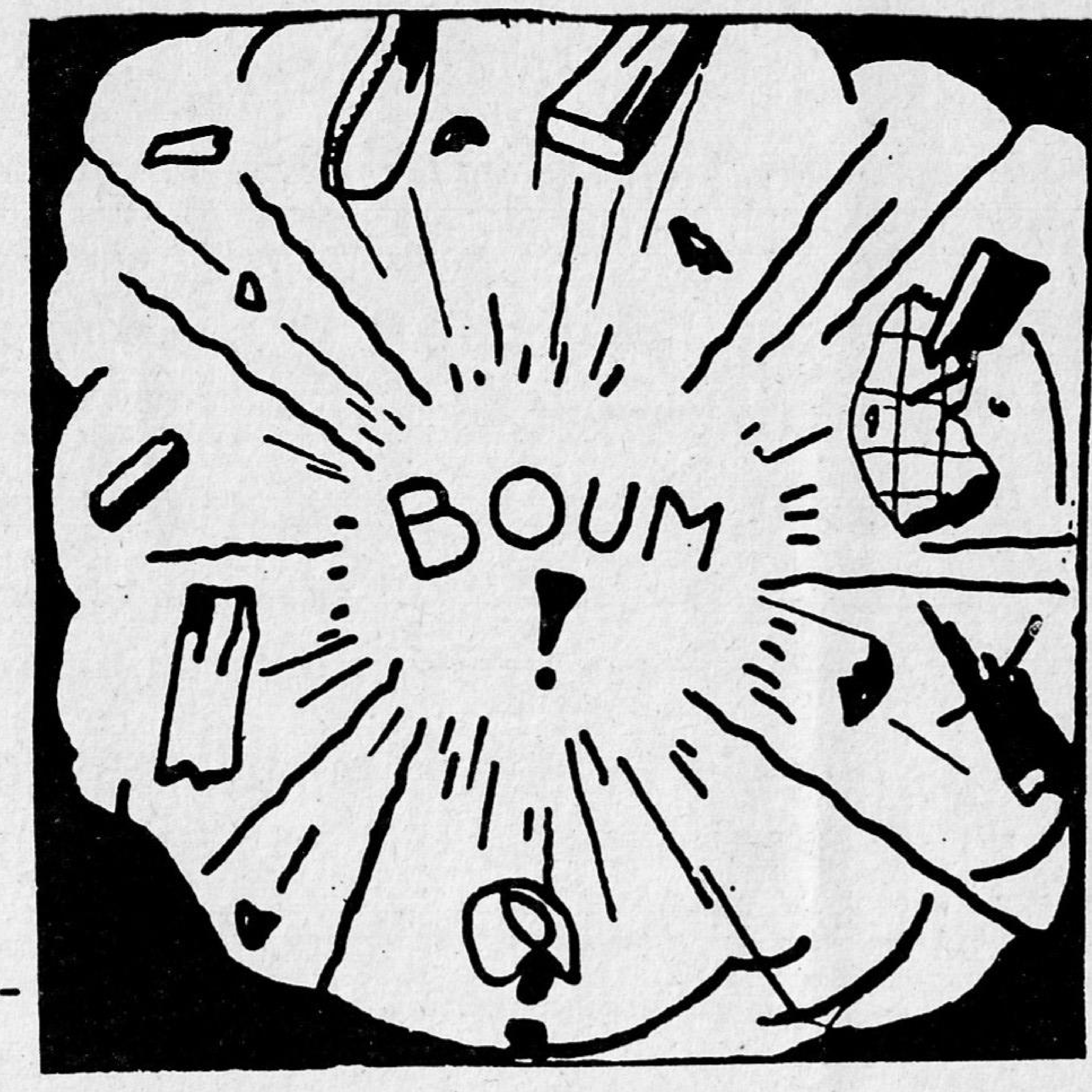
Infoladen
Mainzer Str. 5
1035 Friedrichshain

ISKRA
Mutthesiusstr. 18
1/42 Steglitz

Falckeladen
Falckensteinstr. 46
1/36 Kreuzberg

Ermittlungsausschuß
(EA-West)
Tel.: 692 22 22





Was gestern falsch war,
kann heute nicht richtig sein

- Eine Kritik an Demo und Aktionstag am 2./3.10. -

Am 3.10.1990 wird die "Wiedervereinigung" der BRD und der DDR offiziell vollzogen. Auch uns graut vor diesem Tag mit bombastischen Feierlichkeiten und sentimentalen Verlogenheiten sowohl der Politiker als auch grosser Teile der Bevölkerung hier.
Aber wir werden trotzdem nicht zu der Demo am 3.10. gehen, weil wir es satt haben, das "kleinere Übel" inkaufzunehmen, mit einem Haufen unausgegorener bis falscher Parolen auf die Straße zu gehen, nur weil der Minimalkonsens besteht, **gegen** irgendwas zu sein. Spätestens seit dem 9.November 1989 sind die Zeiten vorbei für eine solche Politik! Denn für uns alle hat sich der Alltag verschärft. Rassistische Überfälle und Sprüche, Aggressivität in den Läden, in der U-Bahn, auf der Straße gegen Frauen und AusländerInnen haben um ein Vielfaches zugenommen. Dadurch ist für uns viel offensichtlicher und viel benennbarer geworden, daß unsere Politik im Alltag beginnen muß. Und zwar nicht nur, weil wir **gegen** Rassismus und Sexismus sind, sondern weil wir menschlich leben wollen . Das heißt zum Beispiel, nicht die Augen zu verschließen vor den vielen kleinen Schritten der Gewöhnung und des Mitmachens, die uns und andere zu RassistInnen und SexistInnen machen und uns selbst damit unser Rückgrat verbiegen und unsere Würde beugen.
Das System von imperialistischem Kapitalismus und Patriarchat ist hier in der Bevölkerung stark verankert in einer Entwicklung, die sich über Jahrhunderte verfolgen läßt. Wenn wir daran etwas ändern wollen, um das ganze System abzuschaffen, dann geht das nur mit **Inhalten** - und damit meinen wir konkrete Vorstellungen davon, was für uns menschlich leben heißt und wie wir das erreichen wollen. Abgrenzungen und Verurteilungen reichen nicht aus. Die reichen vielleicht aus, um zu zeigen, daß es noch ein paar Leute gibt, die "irgendwie anders drauf" sind, aber die reichen nicht aus, um wirklich etwas zu verändern. Auch dann nicht, wenn es jedes Jahr dreimal passiert, daß sich welche ihrem Ärger über alles Luft machen. Dann haben sie ein Ventil gehabt, aber ohne Inhalte wird sich nie eine politische Strategie und eine Einschätzung der eigenen

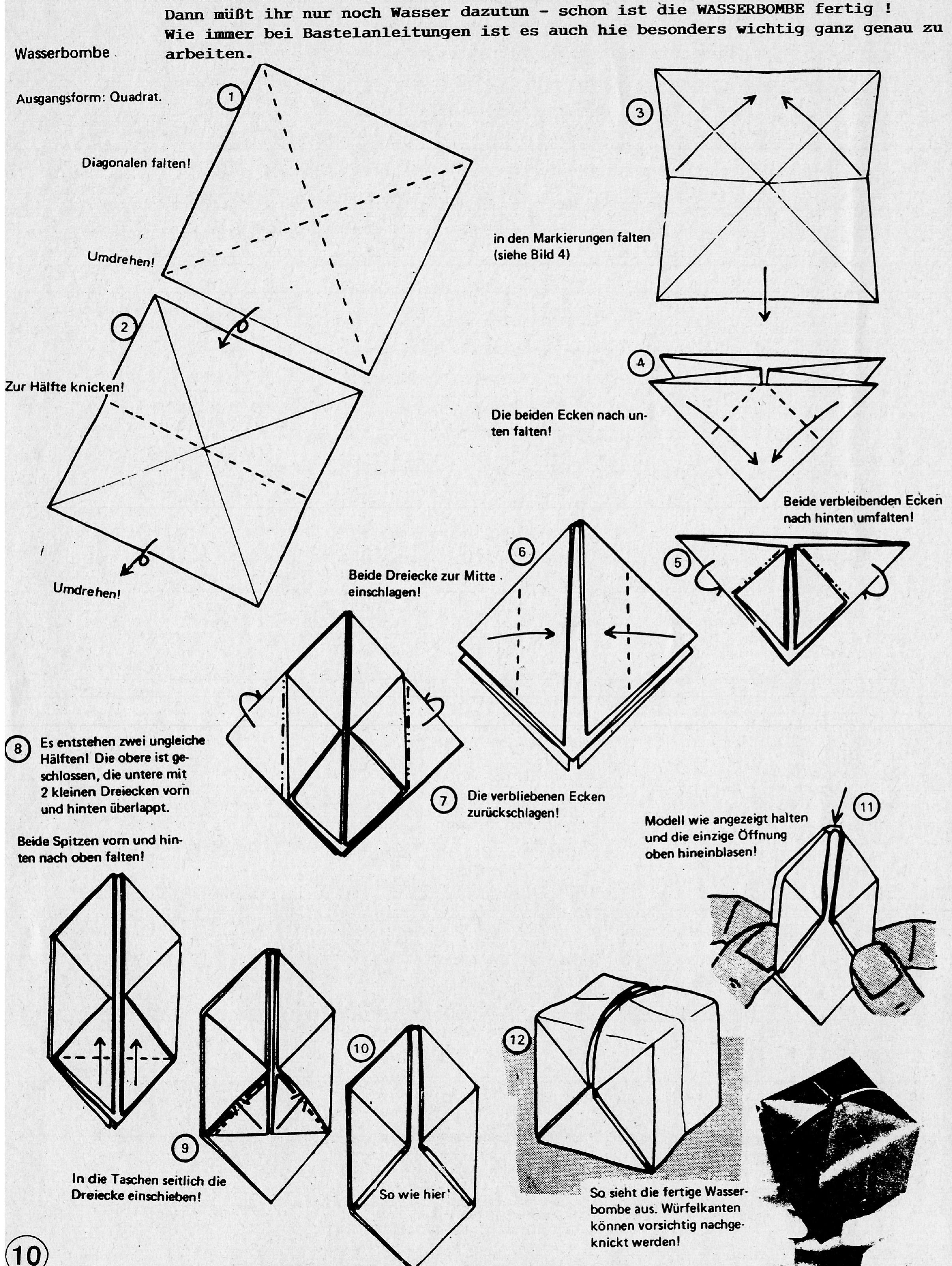
Möglichkeiten bestimmen lassen. Denn wenn wir uns über Abgrenzung, z.B. von "den Schweinen und ihrem kapitalistisch-patriarchalen System" definieren, dann sind wir einfach nur "alle, die dagegen sind" und das ist gleich "alle, die der Repression des Systems ausgesetzt sind". Von uns bleibt da nichts eigenes übrig, weil wir so eigentlich nur durch die Gegenseite bestimmt werden und nicht eigenständig sind.
Eine Feuerwehrpolitik, die immer nur reagiert auf Aktionen der Gegenseite, ist eine konsequente Voraussetzung solcher Inhaltslosigkeit und läuft de facto auf eine reformistische Politik hinaus. Denn ohne eine langfristige Strategie, die sich an politischen Inhalten mißt, können Teilerfolge **gegen** beispielsweise AKWs nur Verbesserungen/Reformen des bestehenden Systems bedeuten, weil die Schließung ein es oder aller AKWs dann nur dies ist und nicht gleichzeitig eine Verschiebung des politischen Gewichts in Hinblick auf eine revolutionäre Perspektive darstellt. Dasselbe gilt für Aktionen gegen Faschobanden, Bauzäune, Paragraphen oder US-Präsidenten usw.. Solange in erreichten Veränderungen nicht ganz klar wird, wofür diese Veränderungen stehen, sind es schlicht oberflächliche Reformen.
Daher können wir uns mit der lakonischen Entschuldigung für die mangelnden Inhalte der geplanten Demo/Aktionstag am 2./3.10. nicht zufriedengeben: "es geht uns nicht um einen mobilisierungsvorschlag von "strategischer qualität", das nachholen verpaßter ... strategiedebatten, sondern schlicht (darum), wie wir es ... organisiert kriegen, das zu tun, was zu tun ist". Und wir schließen uns auch nicht der Meinung an, daß"heute nicht alles falsch (ist), was gestern noch richtig war". Sondern wir meinen: Heute ist noch genauso falsch, was auch gestern falsch war. Die Inhaltslosigkeit der Aktionspolitik muß endlich ein Ende haben ! In der Mobilisierung zum 2./3.10. wird so getan als sei das halb so schlimm, denn man wisse ja trotzdem "was zu tun ist". Auch nach langem Ausbleiben politischer Initiativen seit dem 1.Mai können wir darin keinen hoffnungsvollen Neuanfang sehen sondern nur die Fortsetzung der alten Fehler.

Autonome Frauengruppe



DIE INTERIM ZUR WAFFE MACHEN

Das Material für diese Bauanleitung haltet ihr gerade in der Hand !!
Löst die beiden Heftklammern und faltet die Bögen zu 10 schönen Papierwürfeln !
Dann müßt ihr nur noch Wasser dazutun – schon ist die WASSERBOMBE fertig !
Wie immer bei Bastelanleitungen ist es auch hie besonders wichtig ganz genau zu arbeiten.



Keine linke Stimme für die Reichstagswahl! Nein zu Großdeutschland!

Die Reichstagswahlen am 2. Dezember 1990 sollen die Restauration Großdeutschlands feierlich besiegeln und den Kampf der Regierung Kohl um den Weltmachtstatus für Deutschland nachträglich legitimieren: Das Volk hat es so gewollt. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß das Kalkül der Regierung aufgehen wird — tatsächlich hat sich keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition gegen die Wiedervereinigung entwickelt: Die Vorstellung, daß aus den Staaten BRD und DDR ein Deutschland werden soll, eine souveräne, durch keine Besatzungstruppen und Internationalen Verträge in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkte Großmacht, hat sich im Gegenteil bis weit in die Linke hinein durchgesetzt. Die Erinnerung an die Geschichte des Deutschen Reiches, dessen Regierungen und Einwohner beispiellose Verbrechen begangen haben, bedeutet den meisten Menschen heute nichts mehr: Der Nationalsozialismus sei Vergangenheit, die Geschichte überwunden, von Leuten, die lange Jahre in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv waren, wird sogar vertreten, wir heute seien die „besseren Deutschen".

Wir haben mit der Demonstration „Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt versucht, für gegenteilige Konsequenzen und Ziele zu mobilisieren — und sind damit überwiegend auf Haß gestoßen und haben verärgerte Reaktionen hervorgerufen. In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitungeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres durch Schlimmes verhindern zu können, in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, bestätigt uns das, daß antinationale Aktionen nicht falsch sind, sondern notwendig. Massenfreundlichkeit ist kein Kriterium für antifaschistische Politik — sie ist im Gegenteil herausgefordert, klar und unmißverständlich gegen völkische Stimmung in der Bevölkerung Front zu machen und sich kompromißlos zu zeigen. Die reale Schwäche autonomer, feministischer, kommunistischer und anarchistischer Gruppen und Menschen, unser Unvermögen in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen, als wir es tun, hat, neben den unbestreitbaren objektiven Verhältnissen, auch mit den eigenen in den letzten Monaten kraß zutage getretenen Unsicherheiten, dem zögerlichen Herangehen und unklaren Analysen der Situation zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein gibt es z.B. Leute, die ein „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" für eine wichtige Errungenschaft halten. Statt prinzipiell gegen die Wiedervereinigung zu sein und die besondere Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, argumentieren viele Gruppen und Personen mit linkem Anspruch nur gegen deren soziale Folgen für sich und ihre Landsleute. Nicht einmal die drohende Intervention der Bundeskriegsmarine in den Golfkonflikt hat hierzulande einen spontanen Protest entfacht — statt dessen haben Leute innerhalb der Grünen, die zumindest eine linke Vergangenheit haben, dafür geworben, daß die „Weltmacht Deutschland" keine Appeasementpolitik betreiben dürfe und zur Not auch das Recht haben müsse, militärisch zuzuschlagen.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten uns als wesentliche Aufgabe stellen müssen, eine intensive Auseinandersetzung untereinander zu führen, damit sich die Linke hierzulande neu formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht im Abseits entwickelt werden, nicht an Schreib- und Konferenztischen, sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen. Ein wichtiger Schritt ist deswegen, sichtbar zu machen, daß die „Nie wieder Deutschland"-Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht „veraltet", sondern dringlicher geworden ist: Gerade jetzt, wo Deutschland die kritische Masse wird, vor der wir mit guten Gründen gewarnt haben, ist die Fortsetzung und Intensivierung antinationaler Politik ein Essential linker Politik.

Den Reichstagswahlen als *dem* Legitimationsprojekt für dieses „Deutschland" messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es *diese* Wahlen sind. Wir müssen versuchen, den Wahlkampf zu nutzen, antinationale Politik ins Bewußtsein zu rücken. Wir rufen deswegen anarchistische, autonome, feministische und kommunistische Menschen und Gruppen auf, sich an der Reichstagswahl nicht zu beteiligen, die Auseinandersetzung darum aber für die Verbreitung unserer Position zu nutzen: „Keine linke Stimme für den Reichstag — Nein zu Deutschland!"

Wir haben unterschiedliche Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder für sich gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung über linke Politik voranzutreiben:

— Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hat eine stark linksnationale Politik entwickelt. „Deutschland einig Vaterland — das ist doch ein gutes Wort", behauptet beispielsweise Hans Modrow, und auf einem PDS-Kolloquium zum Thema Antifaschismus engagierte sich Prof. Dr. Rolf Richter zur Freude des PDS-Pressedienstes für „ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland" und gegen „nationalen Nihilismus". Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Innerhalb der Grünen tritt dieser „Links"nationalismus we[illegible] kraß zutage, dafür gibt es in relevantem Ausmaß ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegungen, wie diese Funktion auch militärisch, z.B. durch Interventionen im Golfkonflikt, auszufüllen sei.

Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands für die Welt in aller Schärfe herauszuarbeiten und so neben dem außerparlamentarischen auch einen parlamentarischen Protest zu organisieren, haben die „oppositionellen" Parteien also selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise forciert (Deutschlandplan der Regierung Modrow). Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im einzelnen, fordern einen „sozialverträglicheren" Anschluß und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, „konstruktive Opposition" um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem wirkungslos ist, hat der reale Ablauf der Wiedervereinigung eindrücklich gezeigt.)

— Diese Wahlen sind in allererster Linie ein Legitimationsprojekt für die Restauration Großdeutschlands. Die Stimmergebnisse im einzelnen sind demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung. Wer in dieser Wahl einer der Parteien, und möge sie die Herrschenden hier ansonsten noch so reizen, die Stimme gibt, legitimiert damit also in erster Linie den Reichsgründungsprozeß. Bei dieser Wahl sind alle, die mitmachen, Deutsche — egal wen sie wählen.

— Umgekehrt gilt auch: Nur wer im völkischen Sinne Deutsche oder Deutscher ist, darf sich überhaupt an den Wahlen beteiligen. Über acht Millionen Ausländer,

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

mit der bevorstehenden Reichsgründungswahl wird zwar die DDR-Annexion legitimiert und Großdeutschland konstituiert. Dennoch ist der spezifische Charakter dieser Wahl nicht einmal in der radikalen Linken ein Gegenstand der Diskussion. Stattdessen beziehen sich viele von denen, die noch vor drei Monaten die „Nie Wieder Deutschland"-Orientierung mitgetragen hatten, positiv auf jene Wahlen und auf Parteien (ob Grüne oder PDS), die nicht müde werden zu betonen, daß sie die Wiedervereinigung, d.h. Großdeutschland nicht ablehnen, sondern alternativ gestalten wollen.

Auch wenn wir die einzigen sein sollten, die diese Wahlen und das sich in den Farben der Nation präsentierende Wahlangebot ablehnen, wollen und werden wir diese Ablehnung dennoch auch öffentlich bekunden. Lieber wäre es uns allerdings, mit Menschen aus möglichst vielen verschiedenen Gruppen und Strömungen eine gemeinsame antinationalen Intervention zur gesamtdeutschen Wahl vorzubereiten.

Um diese Intervention zu diskutieren und anzugehen, möchten wir Euch zur gemeinsamen Beratung einladen nach

Hamburg, 30. September 1990,
13 Uhr, „Haus für Alle"
Amandastraße 58
(Nähe S-Bahnhof Sternschanze).

Den beiliegenden Aufruf-Entwurf „Keine linke Stimme für die Reichstagswahl! — Nein zu Deutschland" betrachten wir als eine Arbeitsgrundlage für dieses Treffen. Wir schlagen vor, über eine entsprechende gemeinsame Erklärung zu beraten und einen Kongreß oder einer Arbeitskonferenz am Wahlwochenende (dieser Termin ist uns wichtig!) über die gemachten Fehler und die kommenden Aufgaben von FeministInnen und sonstigen Linken im Kampf gegen Großdeutschland vorzubereiten.

Kontakt:
Oliver Tolmein, Tel.: 040/491 00 41 o.
Sabine bzw. Max., Tel: 040/43 53 20.

die zum Teil seit langen Jahren, zum Teil auch erst seit kurzem hier leben, die die Folgen der nationalistischen Politik sehr viel schärfer zu spüren bekommen als wir, dürfen sich weder zur Wahl stellen, noch selber wählen. Aus dem alten preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ist ein neues deutsches „Zwei-Rassen-Wahlrecht" geworden: Deutsche und Volksfremde. Wir verzichten auf dieses Volkstumsprivileg und solidarisieren uns mit den Menschen, die derzeit, wie vor allem die Hetze der Volksgemeinschaft gegen Flüchtlinge zeigt, zum Sündenbock gemacht werden sollen.

— Die Erfahrungen, die wir mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Tritt verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommen, lassen uns die Beteiligung an Wahlen insgesamt sehr viel kritischer bewerten. Wir sehen angesichts des Niedergangs der außerparlamentarischen Politik und der Schwäche der Linken keinen Sinn darin, Kräfte auf eine Auseinandersetzung über parlamentarische Aktivitäten zu konzentrieren. Eine Rekonstruktion linker Politik wird in nächster Zeit unsere wichtigste Aufgabe sein: Die Neuauflage parlamentarischer Illusionen, auch wenn sie im nüchternen realpolitischen Tonfall vorgetragen werden, kann uns daran nur hindern.

Die Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne: Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich weniger denn je in einer Legitimationskrise — umgekehrt ist er für viele Linke zur letzten Hoffnung geworden. Uns geht es hauptsächlich darum, der nationaldeutschen Politik aller Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir freuen uns natürlich, wenn wir möglichst viele Menschen davon überzeugen können, daß angesichts der aktuellen Entwicklung Opposition nicht auf die Reformierung Deutschlands zielen kann, daß sie sich gegen das Projekt „Großdeutschland" insgesamt richten muß und nicht nur gegen die Umstände, unter denen es durchgezogen wird.

Weil unsere Opposition gegen die Wahlen auch ein Schritt zur Weiterentwicklung außerparlamentarischer linker Politik sein soll, rufen wir für das Wochenende 1./2. Dezember, das Wochenende, an dem andere ihre Stimme abgeben, dazu auf, sie einzusetzen: Wir wollen in Hagen (oder Nürnberg oder Stuttgart ...) eine Arbeitskonferenz zum Thema „Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" abhalten. Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtpolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Beides, die Analyse unserer falschen Traditionen und bisherigen Voraussetzungen und die Überlegung, was daraus praktisch zu folgern ist, soll in gut vorbereiteten Arbeitsgruppen diskutiert werden. Themen, die wir uns vorstellen können, sind: Wie stehen wir zum „Volk"? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch die Benennung „sozialer Ursachen"? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronde von aufgebrachten BürgerInnen, rassistischen PolitikerInnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln?

Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere in der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

UnterzeichnerInnen des Aufrufs: „Keine linke Stimme ..."
Oliver Tolmein (Redaktion „Konkret"), Hildegard Deininger (Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke), LUPUS-Gruppe Rhein/Main, Bernd Schulz (Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke), Heiner Möller (KB), kla. (Redaktion AK), Angelika Prömm (SOZ-Redaktion), Andreas und Marion Jacobson (VSP, Stuttgart), Christa, Dagmar, Jürgen (Initiative „Nie wieder Deutschland", Stuttgart), Werner & Rosi (Prozeßgruppe Luitgard Hornstein, Stuttgart), Antifa-AG KB/Hamburg

ZUR GOLFKRISE

Es ist nicht einfach die globale Dimension der Krise am Golf , den drohenden Krieg im Nahen Osten, heute schon richtig abzuschätzen. Denn diese Krise ist im Kern ein Projekt, das als Hebel dient, die Welt nachhaltig neu zu ordnen. Natürlich ist das eine imperialistische Neuordnung und wir vermögen ihre keine positive Seite abzugewinnen.
Wahrscheinlich werden sich erst in einigen Monaten die globalen Auswirkungen, der in Anführungszeichen inszenierten Krise wirklich abzeichnen.
Eines ist jedenfalls sicher: Der USA, der Nato, der EG und der SU geht es bei ihrem militärisch-politischen Einmarsch am Golf, nicht um den sogenannten Willkürakt eines arabischen Despoten, nicht um den Überfall des irakischen Terrorregimes auf einen feudalen Golfstaat, wieviel Öl auch immer sich dort im Wüstensand befinden mag. Es geht den imperialistischen Zentren nicht in erster Linie darum den Ölpreis möglichst niedrig zu halten.
Die transnationalen Ölkonzerne machen Extraprofite in Milliarden- höhe, die Konzerne der der Rüstungsindustrie machen Milliardengewinne durch den vermehrten Verkauf von Waffen, an die feudalautoritären Regime der Golfstaaten und holen sich auf diese Weise die Mehreinnahmen dieser Regime aufgrund der höheren Erdölpreise gleich wieder, in die imperialistischen Finanzzentren zurück.
Niemand wäre dringender auf den Verkauf seines Erdöls angewiesen gewesen, als das irakische Regime selbst, mit seinen 80 Milliarden Dollar an Auslandschulden. Wir können deshalb mit Sicherheit davon ausgehen, das der Erdölpreis ohne die Intervention der verbündeten US-Streitkräfte niedriger geblieben wäre als er es jetzt ist.
(Im Übrigen häufen sich in den Medien mittlerweile die Andeutungen, daß die USA von den irakischen Einmarschplänen nicht nur gewußt, sondern diese auch gebilligt hatte.)
Die Verfügungsgewalt über das Erdöl, war durch den irakischen Einmarsch in Kuweit , für die imperialistischen Zentren, jedenfalls nicht in Frage gestellt.

Und es geht ihnen schon garnicht, um irgendwelche Kategorien von Recht und Moral, die etwa wieder hergestellt werden müßten. Das zumindest sollte allen klar sein, die sich nicht von vorneherein auf die Seite derer stellen, die mit ihrer Waffenproduktion jeglichen Kalibers, mit ihren politischen und wirtschaftlchen Interessen dem Terroregime im Irak solange Zeit das Überleben erst ermöglichten.

Es geht also um mehr als nur um den schlichten Rohstoff Öl oder die Unverfrorenheit eines arabischen Diktators gegenüber seinen Ziehvätern.
Die imperialistischen Zentren und das transnationale Kapital, greifen den Golfkonflikt auf, um nach dem Ende der Nachkriegsordnung von 45, die Weichen für eine globale Neuordnung, neu zu stellen.
In der Konzeption dieser Ordnung, zieht sich das transnationale Kapital wieder verstärkt in die entstehenden metropolitanen Großräume zurück. Gemeint sind damit der EG-Binnenmarkt, die USA-Kanada und die von Japan dominierte asiatische Yen- Zone, auf die sich der überaus größte Teil der Handelbeziehungen und fast alle Direkt- und Neuinvestitionen verteilen.
In den Drei Kontinenten, und das gilt zum größten Teil auch auf die Sowjetunion und die ehemaligen sozialistischen Staaten, soll es zukünftig nur noch sogenannte Inseln der Entwicklung geben, die von einem Meer des Hungers umsäumt, die gnadenlose Verwertung der Menschen dieser Regionen, sicherstellen sollen. Die Folge davon sind absolute Armuts-, Hunger- und Vernichtungsregionen. Diese können ganze Kontinente umfassen, wie es heute schon für gesamt Schwarzafrika, den gesamten Nordosten Brasiliens und weite Teile Lateinamerikas und der zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion gilt.
Diese imperialistische Perspektive, soll mit Hilfe einer gemeinsamen "Weltsozialpolitik", gegen die aufbegehrenden Menschen überall in der Welt durchgesetzt werden.
Der Aufmarsch der Nato- Truppen am Golf ist "nur" die bisher beispiellose militärische Variante einer gemeinsam getragenen Weltsozialpolitik der imperialistischen Zentren. Sie äußert sich hier bei uns, z.B. in der Vereinheitlichung und damit einhergehenden Verschärfung der europäischen Asyl- und AusländerInnen Gesetzgebung, des Aufenthaltsverbots und der Vertreibung und Abschiebung dieser Menschen zurück in die Armutsregionen. Die imperialistische Perspektive sieht für sie nur Armut, Hunger, und Vernichtung vor. Aber dagegen wehren sich die Menschen weltweit in vielvältiger Weise. Gerade der arabisch -islamische Raum ist schon seit langem eine herausragende Krisenregion für die imperialistischen Zentren und deren Statthalter.

Die palästinensische Intifada, der Aufstand der KurdInnen, die immer wieder kehrenden IWF-Revolten, die Unmöglichkeit weitere sozialpolitische Deregulierungsprogramme gegen die Menschen in diesem Raum durchzusetzten, könnten die gesamte Region für den Imperialismus als strategischen Raum auflösen.

Die Angst davor, teilen sich das Terroregime im Irak mit den imperialistischen Zentren. Das ist der eigentliche Hintergrund der drohernden Kriegsauseinandersetzung, in der schon jetzt die Vernichtung, die physische Liquidierung 1000ender von MigrantInnen in den Lagern an der irakisch/jordanischen Grenze durchgesetzt wird.

Wir können nicht glauben, daß die autonome/antiimperialistische Szene in Anbetracht einer derart dramatischen Entwicklung, ihren Widerstand gegen die drohende und schon laufende Massenvernichtung im Nahen Osten, nicht auf die Straße trägt.

Plenum dazu am 4.10. 20 Uhr Mehringhof

ZUSAMMENSTELLUNG VON PRESSEAUSSCHNITTEN AUS DEM "NEUEN DEUTSCHLAND" 20.8.-7.9.90

- STREIKS IN DER DDR
- SOZIALE SITUATION
- GEWERKSCHAFTEN, LINKE, ANTIFA, BESETZTE HÄUSER

gibts im

Info-Cafe Mainzer 5 ★ Papiertiger Cuvry 25

Zu : Von Stalin lernen , heißt siegen lernen ?!

Wir nehmen zu Eurer Kritik Stellung, weil wir uns als Verfasserinnen des Flugis ` An einem Sonntag in Berlin ´ dadurch scharf - und wie wir finden größtenteils unberechtigt - angegriffen fühlen.
Zunächst möchten wir Euch selbstkritisch insofern recht geben, als der Begriff `braune Horde´ von uns ziemlich unreflektiert verwendet wurde, sodaß Ihr uns zurecht faschistoiden Sprachgebrauch vorwerfen könnt.
Doch nun zu unserer Kritik: auch in Eurer Kritik gibt es Tendenzen, die wir nicht unbedenklich finden .
" Wer sind die Antifas ?" fragt Ihr und gebt die Antwort:
zum einen diejenigen, die " mit ihrem Aufruf zum `Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus` ... eine neue politische Qualität (anstreben), um so aus der Sackgasse der Ein-Punkt-Politik herauszukommen", ein "qualitativ(er) Schritt vorwärts".
zum anderen diejenigen, deren " einziger politischer Inhalt" die Parole "schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" ist; eine Politik, "die inhaltlich nichts weiter klärt" und "die sich von der Politik der Faschos nur in der Richtung des Faustschlags unterscheidet". " das Ergebnis einer solchen `Politik` : Die Antifas merken, daß sich kaum jemand von ihnen mobilisieren läßt."
Selbstverständlich gehören wir in die zweite Schublade, was unschwer daran zu erkennen ist, daß wir nicht mobilisiert haben (sondern darauf hofften, daß die großkotzige Ankündigung des `Tages der Heimat` und die Namensliste der Gastredner ausreichte, daß sich viele Antifas Gedanken dazu machen) und daß wir eine A k t i o n geplant haben. (Aktion = (unreflektierte) Militanz ???)
Zum Punkt: " Die Antifas merken, daß sich von ihnen kaum jemand mobilisieren läßt". Wir finden es nach wie vor absolut beschämend, wenn in unmittelbarer räumlicher Nähe zu einem antifaschistischen Straßenfest

- Faschos PassantInnen anpöbeln und angreifen können
- Rep und NF- Propaganda breit verteilt werden kann
- eine Großveranstaltung des konservativen bis faschistischen Spektrums ungestört stattfinden kann.

Zur Zeit finden fast täglich Veranstaltungen statt, auf die Antifas reagieren müssen. Selbstverständlich ist es notwendig, z.B. zum 3.10. breit und öffentlich zu mobilisieren. Bei anderen Veranstaltungen halten wir es u.U. für sinnvoller, sich im eigenen Zusammenhang , über Telefonketten etc. Gedanken zu machen.
Wir sind inzwischen berechenbar wie das Kleine Einmaleins (eine Info im Ex - schon sind die Bullen da; an der Sömmeringstr. waren fast keine).
Um einen gewissen Freiraum für Aktionen (für uns ≠ unreflektierte Militanz) zu haben, halten wir es für sinnvoll, sich auch nicht-öffentliche Gedanken zu machen.
In diesem Sinne: HALTET AUGEN UND OHREN OFFEN FÜR LEBENDIGE, PHANTASIEVOLLE UND OFFENSIVE ANTIFA-AKTIONEN

PS: Abschließend noch kurz zu dem unsäglichen Stalinismus-Vorwurf.
Wir haben das Gefühl, daß dieser - obwohl niemand von uns eigentlich genau weiß, was Stalinismus ist - schnell und unreflektiert gegen (vermeintlich) unliebsame Meinungen erhoben wird. In diesem Sinne z.B. könnten wir den Vorwurf auch gegen Euch Interims erheben. Das war´s

Kollektiv geht alles schief!

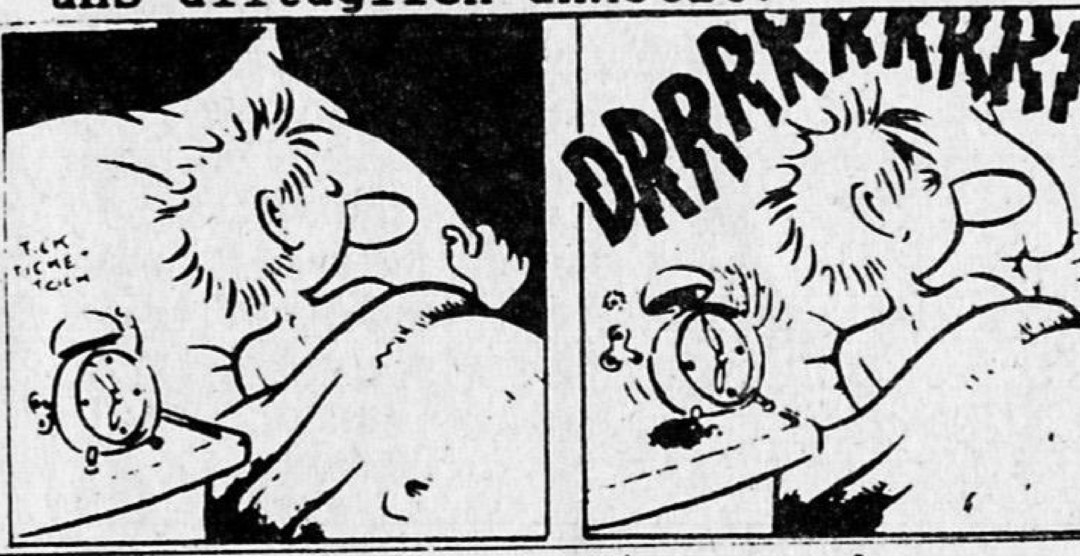
Die KoMetInnen haben in der Interim 112 versucht, ihre Erfahrungen aufzuarbeiten und zu vermitteln. Ihr Papier beginnt mit den Zielen, die sie nach einem Jahr formuliert hatten: "Wir wollen zeigen und verbreiten, daß es möglich ist, freie Formen des Arbeitens zu verwirklichen, daß Chefs, Vorgesetzte, Aufpasser, Antreiber und Untergebene überflüßig und schädlich sind; daß wir mit der plötzlichen Freiheit und der Notwendigkeit, selbst zu entscheiden umgehen können. Anders ausgedrückt: wir wollen ein paar Bruchstücke von dem zeigen und leben, was wir diesem menschenfeindlichen Staat entgegensetzen, was wir eine freie Gesellschaft nennen. Wir sind uns dabei bewußt, daß es mehr bedarf als in Kollektiven zu arbeiten, um diese Gesellschaft insgesamt zu verändern."

Am Ende kommen sie dann zu folgendem Ergebnis:

"Der Versuch KoMet hat für uns gezeigt, daß es (außer in 'Nischen') nicht möglich ist, Kollektive als Ausgangsbasis, gleichsam befreites Gebiet für den gesamtgesellschaftlichen Befreiungsprozeß zu nutzen. Es kostet mehr Energie, aus dem Betrieb ein Kollektiv zu machen, und es am Leben zu erhalten, als das es Power gibt. Wir halten den politischen Stellenwert dieser Arbeit für beschränkt."

Wollt Ihr wirklich behaupten, daß es nicht möglich ist, freie Formen des Arbeitens ohne Chefs und Untergebene zu verwirklichen, daß es nicht möglich ist selbstbestimmt zu arbeiten?

Sicherlich können sich Kollektive nicht dem sie umgebenden Kapitalismus entziehen, entstehen dadurch Sachzwänge, die unsere Freiheit beschränken, uns Probleme aufdrücken. Es wäre ja auch verwunderlich, wenn ausgerechnet die kapitalistische Marktwirtschaft freie Formen des Arbeitens erleichtern würde. Es ist auch klar, daß es freie Menschen erst in einer befreiten Gesellschaft geben kann, und auch, daß die gesellschaftliche Realität alles andere als herrschaftsfrei und menschlich ist. Das Sein bestimmt das Bewußtsein - müssen wir also für immer das Joch der Unterdrückung und Entfremdung tragen? Oder sollten wir nicht vielmehr versuchen, mit unserem Bewußtsein unser Sein zu verändern, gegen das zu kämpfen, was uns alltäglich ankotzt?



Zusammen können wir uns besser gegen die herrschenden Verhältnisse wehren, denn "allein machen sie dich ein". Warum soll das für den Teil unseres Alltages, den wir mit Lohnarbeit verbringen müssen, nicht gelten? Das muß nicht im Kollektiv sein, es kann genauso gut eine Betriebsgruppe, JobberInnen- oder Arbeitslosen-Ini oder anderes sein.

Ihr schreibt: "KoMet bot uns einen halbwegs korrekten Lohn bei halbwegs korrekter Arbeitszeit und angenehmeren Arbeitsbedingungen als anderswo. Gerade die KoMetinnen werden wohl nie wieder einen vergleichbaren Arbeitsplatz finden." Kostet ein Arbeitsplatz mit schlechteren Arbeitsbedingungen weniger Energie?

Ihr nehmt Betriebe, die in "Nischen" operieren, aus euren Schlußfolgerungen aus, ohne zu sagen, wo ihr diese "Nischen" seht, was sie aus macht. Umgekehrt schreibt ihr auch wenig zu den besonderen Bedingungen und Schwierigkeiten eines Produktionsbetriebes in der Metallbranche. Ihr benennt einige Schwierigkeiten, die es bei KoMet gegeben hat. So war mit den Unterschiedlichenkeiten zwischen mehr und weniger Qualifizierten kein Umgang zu finden, bzw. euer Umgang miteinander zu ungenau. Ihr laßt offen, warum es nicht möglich war, genauer miteinander umzugehen. Lag es nur an der Anfälligkeit der qualifizierten FacharbeiterInnen für die Verlockungen in der normalen Wirtschaft? Etwas





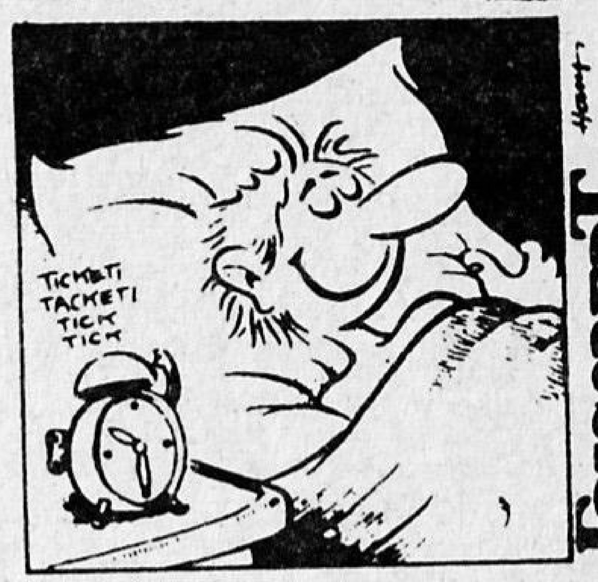
später schreibt ihr, daß ihr erst in den letzten zwei Jahren versucht habt, die Verantwortung für den Betrieb gleichmäßig zu verteilen, so daß alle durchblickten. "Es entstand (dadurch?!) allerdings auch eine Belastung für jedeN, die für einzelne erheblich war." Das legt die Vermutung nahe, daß vorher ein großer Teil der Verantwortung bei den am meisten Qualifizierten lag. Vielleicht auch ein Grund dafür, daß diese sich zunehmend als UnternehmerInnen fühlten und sich dann auch so verhielt

Aber das soll jetzt keine auf Vermutungen gegründete Anpisse werden, deshalb wollen wir dazu übergehen, etwas zu unseren eigenen Erfahrungen in unseren Klitschen zu sagen.

In den letzten Jahren sind viele Zusammenhänge und Bewegungen zusammengebrochen, und das ist auch in den Kollektiven nicht ohne Folgen geblieben. Die Auseinandersetzungen stagnieren, Orientierungen und Perspektiven, der größere Sinn-Zusammenhang fehlen. Einige Betriebe, die ihren Alltag so halbwegs geregelt kriegen, wurschteln weiter und andere, bei denen es nicht so läuft, geben auf oder strukturieren sich um, yuppisieren sich. Wenn es über diese Realität zu Diskussionen kommt, wird die "Schuld" meist weggeschoben, also den "anderen" oder den äußeren Umständen (Kapitalismus) gegeben. Diese Argumente benennen reale Probleme, die nicht vom Tisch gewischt werden sollen, aber in der Regel wird die Frage nach der eigenen Verantwortung ausgeklammert. Ohne eine genaue, aus der eigenen Praxis entwickelte, Selbstkritik wird eine Aufarbeitung der Misere nicht zu leisten und Lösungen für die Probleme nicht zu finden sein.

Die Diskussion um Sinn und Ziele von Kollektiven sollte gerade bei den lange gehegten Tabus, Prinzipien ansetzen. Damit ist nicht gemeint, daß alles, was entwickelt wurde, über Bord geworfen werden soll, wohl aber in Frage gestellt und neu





diskutiert - an den konkreten Erfahrungen aus der eigenen alltäglichen Praxis.

Eine wesentliche Orientierung (bzw. Anspruch) von Kollektiven ist, daß sie herrschaftsfrei strukturiert sein und funktionieren sollen. Die Erfahrung zeigt, daß sich dieser Anspruch so absolut nicht durchhalten läßt. Auch ohne formale Chefs gibt es in den Kollektiven Hierarchien (Häuptlinge) und Konsumverhalten, setzen sich einige besser durch als andere. Die Absolutheit des Anspruchs be/verhindert eine Auseinandersetzung über die real existierenden Strukturen: Entweder wir sind herrschaftsfrei und damit kollektiv, oder eben gar kein Kollektiv. Damit werden auf dem Weg des Erlernens herrschaftsfreier Umgangsweisen Hindernisse aufgebaut. Dabei sollte doch gerade der Lernprozeß das wichtige sein.

Ein weit verbreitetes Mißverständnis dürfte in der Gleichsetzung von "herrschaftsfrei" und "konfliktfrei" bzw. "harmonisch" liegen. "Herrschaftsfrei" bedeutet in der Realität aber gerade konfliktreich und streitlustig, weil es ja um einen Umgang mit verschiedenen, mehr oder weniger gegensätzlichen Interessen geht. Das Harmoniebedürfnis dürfte eine Ursache für eine fehlende Streitkultur unter uns sein. Wenn die "Harmonie" durch NörglerInnen angegriffen wird, ist die Reaktion meist ein mehr oder weniger aggressives Abblocken der Kritik, die als persönlicher Angriff aufgefaßt wird.

Sehr ähnlich verhält es sich mit dem Postulat der Gleichheit bzw. der Gleichheit der Interessen. Dies blockiert die Auseinandersetzung über die Unterschiede zwischen uns als autonome Individuen, das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten erscheint überflüßig, so daß mit unterschiedlichen Interessen kein Umgang gefunden wird. Die Konsequenz ist, daß sich die Menschen zurückziehen, sich

nicht mehr engagieren, oder gar raus gehen und alleine weiterwurschteltn (Individualisierung).
Das Kollektiv ist dabei zu einer Autorität verkommen, der sich die Individuen unterzuordnen haben. Bei der Entscheidungsfindung wird meist versucht, die Meinungen zu vereinheitlichen, was in der Konsequenz eine Vereinheitlichung der Interessen bedeutet. Es wird nicht ein fairer Ausgleich der unterschiedlichen Interessen gesucht, sondern die Angleichung der Interessen, eben ein Kompromiß. Damit ist zwar kaum eineR zufrieden, aber alle finden sich damit ab. Die Folge ist eine Funktionalisierung der/des Einzelnen und das Abgeben der Verantwortung für das Projekt an die Gruppe, das Kollektiv. Die Entfremdung vom Kollektiv wird dabei auf Dauer zur logischen Konsequenz: das Individuum wird in der Gruppe aufgelöst. Dabei sollte doch ein Kollektiv ein freiwilliger Zusammenschluß von Individuen sein, der die/den EinzelneN stärkt und unterstützt, die eigenen Interessen mit anderen umzusetzen. Allerdings in Abgrenzung zum Egoismus, der versucht, die eigenen Interessen (gegen andere) durchzusetzen.



Wir finden die angesprochen Probleme auch in unseren politischen Zusammenhängen wieder. Es sind also nicht nur die Probleme der Kollektive, sondern auch der Bewegung. In vielen Analysen zu den Schüssen an der Startbahn-West 1987 werden ähnliche Probleme benannt. Der Trend zur Individualisierung: "der Starke ist am stärksten allein" ist in der ganzen Gesellschaft zu spüren und läßt die Herrschenden frohlocken. Gerade in dieser Situation halten wir es für eine elementare politische Aufgabe uns in Gruppen zusammenzuschließen und unsere Widersprüche gemeinsam zu klären zu versuchen und dies zu propagieren:

BILDET BANDEN!

Ein paar Leute aus Kollektiven

Betrifft: Geronimo

FEUER UND FLAMME

Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen

Das im Mai erschienene Buch "Feuer und Flamme" hat bislang etliche Reaktionen und Anfragen ausgelöst. Der Text scheint offenbar innerhalb der autonomen Szene eine breite und kritische Aufnahme zu finden. Es erreichten uns einige schriftliche Kritiken, die sich teilweise sehr detailliert mit diesem Ansatz und seinen Intentionen auseinandersetzen. Der allgemeine Grundtenor der Stellungnahmen ist, daß der "Abriß" über die "Geschichte der Autonomen" zwar begrüßt wird, es jedoch notwendig sei, einige Passagen und Kapitel vollständig zu überarbeiten.

Obwohl dem Autor die meisten Kritikpunkte absolut plausibel und einsichtig erscheinen, ist es ihm aus persönlichen und technischen Gründen nicht möglich, das gesamte Buch oder einzelne Passagen für eine Neuauflage zu überarbeiten. Auch wären die Leute, die die 1.Auflage gekauft haben, bei einer umfassenden Überarbeitung benachteiligt, müßten sie doch dann das Buch eigentlich doppelt kaufen. Da wir jedoch die Diskussion um autonome Politik im allgemeinen und das Buch im speziellen als wichtig erachten und Kritiken nicht einfach unter den Tisch fallen lassen wollen, ist bei uns die Idee einer Kritik- und Diskussionsbroschüre zu "Feuer und Flamme" entstanden.

Wir laden deshalb dazu ein, das Buch nicht nur in kleinen Zirkeln zu diskutieren und demontieren sondern die Feder zu spitzen und die eigenen Sichtweisen und Einschätzungen "autonomer Geschichte und Gegenwart" zu formulieren und sie uns bis zum 15.11.90 (!) zu schicken. Wenn die Beiträge nicht ausdrücklich als "persönlicher Brief" bezeichnet sind, gehen wir von einem Einverständnis der Veröffentlichung aus.

Nach evtl. Erscheinen erhaltet ihr einige Belegexemplare und natürlich werden wir auch rechtzeitig die interssierte Öffentlichkeit informieren. Sollte das Projekt mangels Beiträge abgeblasen werden, bekommt ihr das ebenfalls sicherlich mit.

In diesem Sinne:

" Mit der Waffe der Kritik alles auf den Kopf stellen... "



Kontakt, Anfragen und Beiträge (bis 15.11.)

Edition ID-Archiv
c/o AurorA
Knobelsdorffstr.8
1000 Berlin 19

PHILIPPINEN

Der Mythos der »friedlichen Revolution« trägt nicht mehr. Statt »people's power« hat Präsidentin Corazon Aquino all jenen Organisationen der Bevölkerung den »totalen Krieg« erklärt, die nicht länger willens sind, die Ursachen der Massenarmut hinzunehmen. Fischereikooperativen sind betroffen, Ärztegruppen, Gesundheitsinitiativen, ganze Dörfer und Regionen.

Dem »schleichenden Putsch« der letzten Jahre wollen nun konservative Kreise Beine machen. Weil sie die Durchsetzungskraft der Präsidentin für zu gering halten, spekulieren sie offen über eine künftige Militärjunta und verweisen dabei auf die fortgesetzt wohlwollende Ignoranz der Weltöffentlichkeit. Kaum zur Kenntnis genommen werden Nachrichten von Verhaftungswellen, Flächenbombardements, militärischen Einkreisungen. Dem Krieg mit allen Kräften

entgegentreten ist die erklärte Absicht vieler engagierter Menschen, mit denen medico international auf den Philippinen zusammenarbeitet. Sie organisieren die Hilfe für Flüchtlinge, die Behandlung der Kriegsopfer, das Anlegen von medizinischen Notdepots, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Dafür werden dringend Spenden benötigt.

»Hippokrates im Bürgerkrieg«
heißt der Titel des soeben erschienenen *medico reports 11*, der ein alamierendes Bild von den alltäglichen Verstößen gegen die medizinische Neutralität zeichnet, die sich die philippinische Armee und Regierung zu Schulden kommen lassen.
50 S., DM 5,– (in Briefmarken)

Spendenkonten:
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 501 02 oder Postgirokonto
Köln Nr.6999-508,
Stichwort: Philippinen



Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069/4990041/2

BEKANNTMACHUNG




wir stellen vor: Atommafia im Wendland

Im folgenden wollen wir - soweit uns bekannt - Verantwortliche un Beteiligte am Bau der Atomanlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg benennen.






Zuerst die Firmen, die sich in letzter Zeit besonders am Bau der Atomanlagen beteiligt haben:

Pengel, Dannenberg, Bahnhofstr., Kranverleih
(Kran für die Errichtung des Sicherungszauns gestellt) PKA

Hoppe & Stolt, DAN-Prisser, Uelzenerstr. 20, Bauunternehmen EL

Karwitz, Betonwerk
(Hauptunternehmen beim Bau der Sicherungsanlagen, Betonlieferant, immer dabei) ZL, PKA

HEROS, Gorleben (Hauptsitz Hannover) Wachgesellschaft für die Betreiber

Matern, Lüchow, Wendlandstr. 5, Bauunternehmen ZL, PKA
(Erstellung von Baracken für Arbeiter und Bullen auf dem ZL-Gelände)

SPS, DAN-Prisser, Dömitzerstr. 8, Heizungstechnik ZL, PKA
(Abbau der Heizungsanlagen in den Bullenbaracken in Wackersdorf, Aufbau in Gorleben)

Meyer KG, Schnega Bauunternehmen PKA
(PKA-Tor im Sicherungszaun)

Möllmann, Hitzacker, Harlingerstr. 5, Betonfertigteile ZL, PKA
(Herstellung und Einbau der Sicherungszaunelemente der PKA)

Weber & Sohn, Tramm, Kieswerk (Sandtransport) ZL, PKA

Bruns GmbH, Lüneburg, Goseburg 43, Bauunternehmen/Kranverleih PKA
(Kran für Metallzaun gestellt)

Hentschke, Gerdau/Uelzen, Uelzenerstr. 9, Fuhrunternehmen EL, PKA
(Schotter-, Kies- und Asphalttransporte)

Ebstorfer Straßen- und Tiefbau GmbH, Ebstorf, Sprengelstr. 1
Munster, Sohlstr. 11 EL, PKA
(Straßenbau zum PKA-Gelände, Bau an der Salzhalde)

Rüdebusch, Braunschweig, Maibachstr. 2a, Baustoffgroßhandlung
(Hauptanlieferer von Schotter) ZL, EL, PKA


Spedition Tust, Lüneburg, Industriegebiet Hafen (Schotter) PKA

Hinderer Transporte, Hamburg 74, Werner-Siemens-Str. 13
(mit Bullenschutz) ZL

ZORRO
DER RÄCHER DER SYSTEMZWANGE







Nachfolgende Firmen unterstützen auch den Bau und Betrieb von Atomanlagen im Wendland:

Gornig, Lüchow, Bertold-Roggan-Ring, Sanitär- und Heizungsfachgeschäft — PKA
Trute, Lüchow, Junkerstr. 10, Heizungsanlagen — PKA
Schütte, Lüchow, Salzwedelerstr., Baustoffhandel — PKA
Raiffeisen Genossenschaft, Lüchow, Salzwedelerstr., Dieselkraftstoff — PKA
KDS-Schulz, Zernien, An der Sägemühle 4, Spül- und Saugwarenbetrieb — PKA
Lindemann, Dannenberg, Lüchowerstr. 61, Dachdecker (Barackendach) — EL,ZL,PKA
LüDa, Meetschow, Gartenbaubetrieb, (Bepflanzung der Sicherungsanlagen) — ZL,EL
Dietrich,Lüchow, Seerauerstr. 23, Getränkegroßhandel — PKA
Vorwerk, Lüchow, Bauunternehmen, (Rohrleitungsbau) — PKA
Stödter, Dannenberg, Marschtorstr. 41. Elektrotechnik — ZL
Brunsmeier, Dannenberg, Marschtorstr. 1, Gesundheitshaus — PKA
Baugrundlabor Scharnebeck, Hauptstr. 15 — EL
Butenhoff, Rosche, Uelzenerstr. 19, Fuhrunternehmen, Asphalttransport — PKA
Behn & Behn, Lüneburg, Bessemerstr. 11, Handelskette — ZL
Wäscherei Erika, Bad Bevensen, Ebstorferstr. 1 — EL
Heil, Gerdau, Hauptstr. 4, Landmaschinen — PKA
Intec, Kirchweyhe-Uelzen, Gesellschaft für Bauwerkinstandsetzung — PKA
Valentin Klein, Uelzen, Meisterweg 3, Spedition u. Elektrogroßhandel — EL
Leifert, Uelzen, Im neuen Felde 102, Spedition — EL
Neumann,Hanstedt/Uelzen, Hanstedterstr. 9 Fuhrunternehmen — PKA
Ott, Lachendorf/Celle, Cellerstr. 14, Baumaschinen, Diamantwerkzeuge
Schulz GmbH, Hambühren, Sanddornweg 10
Soltau, Almhöhe 3
Uelzen, Im Böh 4 (H,HH), Alarm- und Sicherungsanlagen — ZL
Union Schiffahrt und Lagerhaus, Celle, Hafenstr. 19, Spedition — ZL
Wellner, Salzgitter, Bahnhofsallee 10, Spedition — EL
ELBE, HH 50, Leunastr. 48, Stromgeneratoren — PKA
Deutsche Asphalt GmbH, Kiel, Alte Lübecker Chaussee 36 — PKA
Geschwander,Teningen/Nimburs, Carl-Benz-Str. 4 — PKA,EL
Kirchner GmbH, Stadthagen, Gartenstr. 1, Ingenieurbüro — EL
Bugge, Wienhausen, Werkstoffprüfung, Kennzeichen E-AE 982 mit Radioaktivitätszeichen — EL
Prakler Seismos Mechanik, H 51, Buchholzerstr. 100 C — EL
Laabs GmbH, Hildesheim, Porschestr. 17, Spedition — EL
Igefa der Partner, H.-J. Oelkers, HH 54, Wittenmoor 36 — ZL
BegaWerke GmbH, Bad Salzuffeln, Hoffmann str. 6, Spedition

in der nacht von sa, 23.6. auf so, 24.6.90 haben wir die betonsilos der massgeblich am bau der atomprojekte in gorleben beteiligten firma hoppe und stolt, Karwitz unter wasser gesetzt.

schläuche und anschlüsse lieferte die firma gratis.

vertraut nicht auf rot-grüne ausstiegsversprechen, sondern ergreift weiterhin selbstbestimmt und phantasievoll die initiative gegen die atommafia!

die liste der vom atomtod profitierenden firmen ist lang.

kommando " beton, es kommt drauf an, was mensch draus macht"

Wir besprühten in der Nacht vom 19.-2o. Sept. eine von Kaisers übernommene Kaufhalle mit "vom Stasi- zum Kaufhausspitzel - dank Kaisers", da jemand dies am eigenen Leib erfahren mußte. den Videoshop in der Gaudystr. verschönten wir mit "Fuck off - Deutsche Wichser" und schmissen die hauseigene Vi-D-eo -Reklame ein. Weiterhin erinnerten wir die Deutsche und die Dresdener Bank in der Schönhauser an ihre Kriegsverbrechervergangenheit. Unterwegs fielen uns zwei Autos unangenehm auf: ein grüner Wartburg mit zwei Kerlen (in jener Nacht ICS 2-21) und ein dunkelblauer Benz mit einem Typ (K-UV-467). Auch die meisten Taxifahrer scheinen immer zum Denunzieren bereit zu sein, aber lassen wir uns nicht einschüchtern!

OB 7. oder 3. OKTOBER - WIDERSTAND!!!



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Hierro Chomón: "Physisch sind wir am Ende, aber der Hungerstreik geht weiter"

Fernando Hierro Chomón ist 45 Jahre alt und verbrachte 13 davon im Knast bei einer Gesamtstrafe von mehr als 500 Jahren. Er ist seit dem 5. Dezember 1989 im Hungerstreik.

EGIN: Wie ist der physische und psychische Zustand der Gefangenen nach fast neun Monaten Hungerstreik?

Fernando Hierro Chomón: Die physische Zerstörung ist sehr schlimm und bei fast allen irreversibel. Zum jetzigen Zeitpunkt des Hungerstreiks kann man schon sagen, daß die Folgeschäden, die uns bleiben werden, zahlreich und gravierend sein werden. Körperlich sind wir schon am Ende.
Wie wir uns psychisch fühlen, sieht man schon an der Tatsache, daß wir den neunten Monat des Kampfes erreicht haben, daß wir durchgehalten haben wegen der Entschlossenheit, solange weiterzumachen, bis wir das erreicht haben, was wir fordern.

E.: Wie fühlt ihr euch psychisch? Wie verbringt ihr die Tage?

F.: Das, was uns stärkt, ist unsere Einigkeit und unsere ideologische Überzeugung. Dagegen können sie wenig machen. Der HXXX Hungerstreik und die Folter, die man an uns anwendet, indem man den Todeskampf verlängert, bewirkt, das dieser sehr hart ist. Die Tage vergehen sehr langsam, die Nächte werden länger, weil sich der Stoffwechsel geändert hat und schlafen unmöglich ist.
Die physischen Schmerzen sind groß, von den Knochen bis zur Leber. Wir haben immer Durchfall. Die Isolation ist sehr hart, weil du ständig einer feindlichen und repressiven Umgebung ausgesetzt bist.
Aber trotzdem wäre es noch schlimmer, ihren Absichten nachzugeben, uns dazu zu verdammen, von Knast zu Knast geschickt zu werden, vereinzelt und dazu gezwungen, alle möglichen Erniedrigungen und Repressalien zu ertragen.
Wir wissen - und sie wissen es auch - daß wir nur eine Möglichkeit haben: Die Wiederzusammenlegung zu erreichen oder bei dem Versuch zu sterben.

E.: Was sind oder waren die härtesten Momente?

F.: Es ist schwierig, den Streik in mehr oder weniger harte Momente zu unterteilen. Aber wichtig waren der Tod von Sevillano
hart waren der Tod von Sevillano oder menn dich Nachrichten erreichen, daß dieser oder jener Genosse in einem schlimmen Zustand ist. Physisch war die Zwangsernährung am Schlimmsten.

E.: Es gibt Leute, die leugnen, daß die Zwangsernährung und das, was dazugehört, eine Form der Folter ist. Kannst du etwas über sie erzählen?

F.: Die Regierung hat versucht, die Zwangsernährung als einen humanitären Akt darzustellen, während sie nichts anderes wollte, als ns die einzige Waffe zu entreißen, die wir zur Verteidigung haben: Den Hungertreik. Die Zwangsernährung hat sich als unwirksam erwiesen, uns am Leben zu erhalten und taugt nur dazu, den Todeskampf mit möglichst großen Schmerzen zu verlängern, weil sie die physische Zerstörung nicht verhindert. Auch fortschrittliche Ärzte haben sie öffentlich als Folter bezeichnet.
Die schlimmste Qual an der Zwangsernährung ist die Schweinerei, daß sie dich an Händen und Füssen fesseln, sogar am Kopf, tagelang, mit alldem, was das nach sich zieht. Die brutale Einführung von Schläuchen durch Mund und Nase hindert dich am Atmen, verursacht Übelkeit, ständigen Durchfall und kann Geschwüre und Verletzungen verursachen. Du wirst ständig mit Nadeln und Kathedern belästigt, die sie dir an Armen und Beinen festmachen. Es setzt Prügel, um dich zu schwächen oder zu fesseln und du wehrst dich verzweifelt. Und zu alldem kommt noch hinzu, daß du weißt, wenn sie dich wieder rannehmen, mußt du die selbe Qual nochmal mitmachen, jedes Mal in schlechterem Zustand.

E.: Welche unterschiedlichen Phasen gab es im Streik in Bezug auf die Reaktion von seiten der Regierung?

F.: Wir haben drei Etappen durchlaufen. Die erste, die die ersten 40 bis 50 Tage umfasste, war gekennzeichnet von der Absicht, uns vom Streik abzubringen mittels der Isolation und einer ständigen Überwachung, aber damit scheiterten sie.
Die zweite Phase begann mit den Nottransporten in zivile Hospitäler, als wir in einen schlimmen Zustand gerieten. Das bewirkte, daß die Medien das Schweigen brachen, das sie bisher beibehalten hatten. Damit wurden sie mit einem neuen Problem konfrontiert. Sie mußten die Stimmen, die für uns sprachen, und die immer zahlreicher wurden, zum Schweigen bringen. Auch deutete sich in dieser Phase bereits die Absicht an, den Hungerstreik mit der Anwendung der Zwangsernährung zu brechen, aber die Möglichkeit dazu fehlt ihnen an einigen Orten.
Der Tod des Genossen Se Sevillano zeigte dann das Scheitern dieses Vorhabens.
In der dritten Phase befinden wir uns jetzt: Eine Rückkehr zu den Richtlinien vom Anfang, mit strikten Anweisungen, daß wir nicht in die Hospitäler gebracht werden, immer stärkerer Isolation und Anwendung aller Möglichkeiten, um uns auseinanderzuverlegen. Aber alles, was sie machen, zeigt nur immer mehr, daß sie scheitern werden und daß die Lösung nur sein kann: Wiederzusammenlegung.

Wieviele tote Streikende können sie hinnehmen? Dazu kommen auch neue Probleme und die Widersprüche zwischen ihnen, der offen wird an den gegenseitigen Schuldzuweisungen von Innen- und Justizministerium. Mit jedem Tag, der vergeht, gewinnen wir etwas mehr Solidarität, während sie schweren politischen Schaden nehmen.

Der "Normalvollzug", den sie mit den Verlegungen erreichen wollten, ist gescheitert.

E.: Kannst du bestätigen, daß es vor Wochen Kontakte gab zwischen euch und dem Ministerium. Wenn ja, worum ging es und wie endeten sie?

F.: Es gab mit niemandem von uns Kontakte, außer die vergeblichen Versuche, die sie in verschiedenen Knästen gemacht haben und immer noch machen, um uns zum Aufgeben zu bewegen, und dann würden sie weitersehen. Sonst ist nichts mit Kontakten. Außerdem haben die Strafvollzugsbehörde und das Justizministerium alle Angebote von einigen Persönlichkeiten und Institutionen, zu vermitteln, kategorisch abgelehnt. Und unsere Position ist klar: Wir wollen wieder Haftbedingungen wie im Knast von Soria vor 1987.

Kurzmeldungen:

/ aus aller Welt
/ aus der egin:

GUATEMALA
Am 23. und am 24.August wollten sich Vertreter(Innen ?) der größten Arbeitgeberorganisation des Landes CACIF und der Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas in Canada treffen, und über Möglichkeiten von Friedensverhandlungen sprechen.

PANAMA
Einige hundert Angehörige von zivilen und militärischen Todesopfern der US-Invasion demonstrierten am 21.August anläßlich des achten Monatstages derselben gegen die Regierung Endara und für den Rückzug der US-Truppen aus dem Land.

USA
Der Nordamerikaner Richard Johnson wurde zu zehn Jahren, seine Landsleute Christian Reid und Gerald Hoy zu 41 Monaten bzw. zwei Jahren, und der Irländer Martin Quigley zu acht Jahren Knast verurteilt. Sie wurden der illegalen Ausfuhr hochwertiger Rüstungsgüter für die IRA beschuldigt.

KURDISTAN
Der Chef der Patriotischen Union Kurdistans im Irak, Jalal Talabani, berichtete in einem Interview mit der türkischen Zeitung "Milliyet" von seiner Reise in die USA, die er im Auftrag aller kurdischen Gruppen gemacht hatte. Unterstützung für eine große Offensive gegen Saddam Hussein sei von dort nicht zu erwarten, weil ein unabhängiges Kurdistan nicht im Interesse der USA läge. Die Bemühungen, die kurdische und nicht-kurdische

Opposition im Irak in einer Front gegen Hussein zu einen, gingen aber weiter.

SCHWEIZ
Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hat die Aufhebung der diplomatischen Immunität von Francisco Paesa verlangt, der für Santo Tomé und Príncipe bei den Vereinten Nationen in Genf akkreditiert ist. Er wird der Mitarbeit bei den spanischen Todesschwadronen GAL beschuldigt.

SPANIEN

Am 6.September zündeten die GRAPO innerhalb einer halben Stunde drei Sprengsätze in Madrid. Die Außenhandelsabteilung im 11.Stock des Wirtschaftsministeriums wurde völlig zerstört, in der Börse und im Verfassungsgericht entstand großer Sachschaden.
Zehn Leute wurden, meist durch Schnittwunden, leicht verletzt.
María Jesús Romero wurde kurz darauf verhaftet. Sie soll unter einem Vorwand ohne Personenkontrolle mit einer Tasche das Verfassungsgericht betreten haben. Ein Saaldiener will sie wiedererkannt haben.
Die Anschläge waren genau zehn Jahre, nachdem das GRAPO-Mitglied José Espana Vives beim Verhör starb und genau neun Jahre nach dem Tod von Enrique Cerdán Calixto bei einer Schießerei in Barcelona.

BERICHT VON ALGERISCHEN FRAUEN AUF DEM FRAUEN/LESBEN-WIDERSTANDSCAMP NL

Der folgende Beitrag ist einBericht von algerischen Frauen, der im Sommer dieses Jahres geschrieben wurde und sich an die Teilnehmerinnen des Frauen/Lesben Widerstandscamps in Holland richtete. Die Orginalfassung ist in französisch und wurde von den Frauen des Infoladens, Grabenstr. 20 4100 Duisburg 1, üdersetzt. Bei ihnen kann auch die Orginalfassung angefordert werden!

Algerien, Juni 1990: die Partei F.I.S. (Front Islamique du Salut) gewinnt die Gemeindewahl mit 58% der Stimmen, bei 60 % Wahlbeteiligung - dies war möglich durch einen großen Wahlbetrug, genau wie bei der F.L.N. in den vergangenen Jahren. (F.L.N.= Einheitspartei in Algerien seit 1962).

Algerien, Juli 1990: der Präsident der Republik, Chadli Bendjedid, kündigt an, daß im 1. Vierteljahr 1991 Parlamentswahlen stattfinden werden...

Damit die F.I.S. zufrieden ist ? Ist diese Entscheidung, die Parlamentswahlen vorzuverlegen, ein Sieg für die F.I.S. ? - Heute können wir keine genaue Antwort geben.

In dieser Gemeindewahl ist der Sieg der F.I.S. relativ:

40 % des Volkes hat nicht gewählt, das heißt, in Wirklichkeit hat die F.I.S. nur 30 % der Stimmen in ganz Algerien gewonnen.
Aber, was können wir denken über eine Situation, in der die Islamische Bewegung um jeden Preis ein Programm durchsetzen will, das seinen Ursprung in "la Charia" (Islamisches Gesetz aus dem Koran) hat ?
Dieses Programm macht keine klaren Aussagen zu den politischen, ökonomischen und sozialen Fragen, wohl aber zur "Reinigung der Gesellschaft", unter anderem: zur Rolle der Frauen.

In diesem Land steht in der Verfassung das antagonistische Prinzip zwischen "Islam, Staat, Religion" und "Gleichheit der Bürger und Bürgerinnen in Ihren Rechten". In der Schule wird die Erziehung immer mehr religiös beeinflußt, sowohl die Strukturen, als auch die Inhalte. Zusätzlich hat die Regierung ein Gesetz erlassen: das "Familien Gesetzbuch", das rückschrittlichste Gesetz im Maghreb in 1983 . Der entmündigte Status der Frau ist darin festgeschrieben.

In so einer Situation sind und werden die Frauen immer in erster Linie betroffen sein, wie jetzt die algerischen Frauen von der politischen Entwicklung im Algerien - Auf der einen Seite eine frauenfeindliche Regierung, auf der anderen Seite eine islamische Partei, die nur Haß und Mißtrauen gegen Frauen hat; das müssen die algerischen Fr auen alltäglich ertragen.

- Im Winter 88 sind die Oppositionsparteien und die Frauenvereine legalisiert worden. (Frauenvereine und nicht feministische Vereine, weil die meisten Frauen akzeptieren sich nicht als Feministinnen).

Seitdem wächst die Frauenfeindlichkeit immer mehr an, auch weil sich die Frauen organisieren und eine wirkliche Stärke werden in der algerischen Politik.
Diese Aggressivität äußert sich besonders in den religiöseren Vierteln, wo es viele Mosscheen gibt. Und zwar frauenfeindliche Hetzreden wie:

"die Frau ist die Inkarnation des Teufels",
"Man muß die Frau jeden Tag schlagen, 7 Jahre lang, damit sie den 'hidjab' (Schleier) trägt."
" der Platz der Frau ist zu Hause bei den Kindern und ihrem Mann."
" die Frau ist die Quelle von Unzucht und Unmoral" etc.....

Diese Aggressivität äußert sich auch in den imams (Priester) Reden, welche die Leute überall kaufen können auf Kassetten; auch in den staatlichen Schulen: sie werden immer weniger gemischt, wo die Mädchen sich schuldig fühlen sollen, weil sie eigentlich zuhause bleiben sollen und freie Plätze für die Jungs machen sollen... Die sexistische Basis ist sowieso besonders stark in unserer Gesellschaftt

Dadurch wird dieser kleine Frauenraum, wofür sie solange gekämpft haben (25 Jahre), wieder kleiner und kleiner --- z.B. die Schleier gab es fast nicht mehr, jetzt tragen die Hälfte der Frauen wieder Schleier.
Arbeiten war möglich nur für 8 % der aktiven Frauenbevölkerung, jetzt sollen sie diese Plätze frei machen wegen der Männerarbeitslosigkeit.

Dagegen probieren die Frauen Widerstand zu leisten in den verschiedene Vereinen, die sich in den letzten 2 Jahren gegründet haben (17 im ganzen Land).
Diese Vereine wollen die Aufhebung von dem "Familiengesetzbuch" und eine Veränderung der Mentalität. Sie haben sich gegründet, um gegen Aggressie der Regierung und der F.I.S. zu protestieren und agieren - wobei sie fast keine Mittel und Möglichkeiten zur politischen Arbeit haben.

Am 8. März 90 (dem internationalem Frauen- u. Lesbenkampftag) sind fast 20.000 Frauen auf die Straße gegangen und haben demonstriert, z. Beispie
- gegen Brandanschläge auf Häuser, in denen alleinstehende Frauen (geschieden, Witwen, etc...) lebten
- gegen das Wahlgesetzbuch, das den Männern 4 Stimmen gibt zu wählen, anstelle seiner Frau, Mutter, Schwester, etc....

In dieser Situation denken viele Frauen, das bis jetzt viel zuwenig gemacht worden ist. Nur eine nationale Organisation könnte den algerischen Frauen helfen, nicht mehr isoliert zu sein, besonders wenn sie auf dem Land wohnen, und könnte auch eine tiefgehende Arbeit ermöglichen mit den Hausfrauen, Analphabetinnen, etc...

In diese Blickrichtung organisieren die Frauenvereine große Treffen für Ende 90.

Trotz einigen Eigenheiten muß der Kampf der algerischen Frauen unbedingt integriert sein in den Internationalen Frauenkampf.
Deswegen schlagen wir vor, den Aufbau eines großen Informationsnetzes, und konkrete Aktionen um die kulturelle, religiöse und nationale Grenzen zu überschreiten, und um stärker zu werden in dem gemeinsamen Kampf gegen alle Ausbeutung und Unterdrückungsformen gegen Frauen.

Infos über : ZARMAZONE
2 bis passage Gauthier
75019 PARIS

ZUM PROZEßBEGINN GEGEN DIE ZWEI IRISCHEN GEFANGENEN aus Prozeßinfo Nr.1

Zuschauermitschrift und Zusammenfassung der Rede von Gerry Hanratty am 16. August in Düsseldorf zum Antrag des Verteidigers, den Abschnitt der Anklageschrift der die IRA als eine "terroristische Vereinigung" zu kennzeichnen versucht und sie auch so nennt, rauszunehmen.
Gerry beschreibt, warum weder die IRA noch der irische Befreiungskampf als ganzes als "terroristisch" diffamiert werden kann und darf:

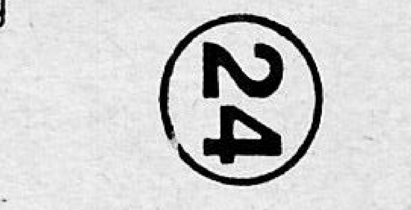
TEIL I

Mein Landsmann und ich werden nun bald zwei Jahre im Gefängnis festgehalten. Während dieser Zeit hat uns unsere eigene Entschlossenheit gestärkt, aber auch ganz besonders die Freundschaft und Solidarität unserer Familien, derjenigen, die uns lieben, der Freunde und Freundinnen und Solidaritätsgruppen hier in der BRD und weltweit. Bei dieser Gelegenheit danken wir ihnen allen.

Aufgrund unserer eigenen Entschlossenheit, aber ganz besonders aufgrund der solidarischen Freundschaft, Unterstützung und Liebe, die uns entgegengebracht wird, habe ich nur eins zu sagen: die drakonischen Maßnahmen (Isolation) meinem Landsmann und mir gegenüber sind gescheitert und werden weiterhin scheiter.

In der Anklageschrift heißt es, daß die militärischen Angriffe von irischen Republikanern aus "niedrigen Motiven" ausgeführt wurden. Auch wenn Sie mit dem irisch-republikanischen Kampf - seinen Zielen und Vorstellungen - nicht übereinstimmen, ist es eindeutig unehrlich die Motivation der in diesen Kampf verwickelten Menschen als niedrig zu bezeichnen.
Was irische Republikaner motiviert ist das Recht aller Iren frei zu sein. von britischer kolonialer Repression, von Mord, Schikanen, von Folter und Gefängnis.
Ob Sie nun die Zielvorstellungen des irischen Republikanismus mögen oder nicht und ob Sie die Methoden, zu denen irische Republikaner gezwungen wurden, mißbilligen oder nicht; die Motivation der in diesen Kampf verwickelten Menschen ist die höchste, die es nur gibt.
Es gibt keine Belohnung für diese Leute außer der letztendlichen Freiheit für die sie kämpfen. Es gibt keinen materiellen Profit, kein Versprechen oder keine Aussicht auf einen hohen Posten. Sprechen Sie uns nicht von niedrigen Motiven, während ihre Anklageschrift in ihren seltsamen Worten für sie nichts weiter als ein gesetzter Teil ihrer täglichen Arbeit ist, wogegen die Arbeit irischer Republikaner ihr ganzes Leben umfaßt.
Der Staatsanwalt bezieht sich auf uns als Mitglieder der IRA und Terroristen und auf den irisch-republikanischen Kampf als Terrorismus. Solche Äußerungen des Staatsanwaltes sind rechtlich weder legal noch haben sie eine Grundlage.
Der irisch-republikanische Kampf darf nicht in Beziehung zum Terrorismus gesetzt werden.
In einem neueren Urteil des Obersten Gerichtshofs Irlands wird ausdrücklich unterschieden zwischen Handlungen politischer Gewalt als Teil eines bewaffneten Kampfes und ungezielter, undifferenzierter Gewalt, die der Gemeinschaft schaden und sie terrorisieren will.
Auch wenn der bewaffnete Kampf Gewalt beinhaltet, eine Gewalt, die von allen irischen Republikanern so sehr bedauert wird, gehört der Terror gegen irgendeine Community nicht zu seinen Zielen.
Für jeden, der irische Geschichte bis zur aktuellen Situation heute liest, ist es klar, daß die IRA seit ihrer Formierung bewaffneten Widerstand gegen die britische Kolonialherrschaft geleistet hat. Sie hatte konkrete Absichten und Endziele. Es war und ist bis heute nie eine verrückte, undifferenzierte und fruchtlose Gewalt gewesen. Dies steht im scharfen Kontrast zur militärischen und politischen Gewalt des britischen Staates.
Sagen Sie mir nicht, daß der "Bloody Sunday" - als 14 unschuldige Leute ermordet wurden - außer dem Terror gegen TeilnehmerInnen eines friedlichen Protestes irgendein politisches Ziel hatte.
Sagen Sie mir nicht, daß der Mord an drei irischen Republikanern in Gibraltar 1988 außer dem Versuch des Terrors gegen irische Republikaner irgendeine Absicht oder irgendein Ziel hatte. Diese Taktiken zusammen mit der allgemeinen "Shoot-to.kill" -Politik (Schießen mit der Absicht zu töten), Hausdurchsuchungen, Internierungen und Inhaftierungen, dienen allein der Angst und dem Terror und sonst nichts.
Die Irish Partnership hat ein Dokument herausgegeben, indem die Ermordung von 192 Zivilisten durch die Sicherheitskräfte untersucht wird. Die BAW sollte dieses Dokument lesen, bevor sie Menschen als Terroristen bezeichnet.
Die Forderungen der irischen Republikaner sind kein Terrorismus, sondern völkerrechtlich legal: einfach die nach Freiheit und Selbstbestimmung.
Die Briten dagegen fordern, daß wir weiterhin unter repressiver, kolonialer Herrschaft leben sollen.

Seit der Formierung der IRA hat sie nie den Zyklus des politischen und militärischen Kampfes unterbrochen. Die Ziele und Absichten sind seit der Gründung der IRA 1916 die selben.
Wie der Staatsanwalt selbst in der Anklageschrift feststellt, sind die Absichten der IRA politische und nur weil der Staatsanwalt mit diesen Absichten -



nicht übereinstimmt, gibt ihm das nicht das Recht den irisch-republikanischen Kampf als Terrorismus zu bezeichnen.

Vom Standpunkt des Staatsanwaltes aus ist es klar: eine Person muß nur den Mujahedeen oder den Contras beitreten, dann ist er oder sie keinE TerroristIn. Es ist klar von seinem Standpunkt aus, daß jedEr, der und die mit dem Volk um Befreiung kämpft - im Gegensatz zu einem Kampf der Geschäftsinteressen verfolgt - in die Kategorie TerroristIn fällt, gleichgültig ob dieser Kampf richtig, moralisch korrekt und gerecht ist.

Es ist offensichtlich, daß dieser Prozeß nicht so sehr um zwei Iren geht, die sich angeblicher Vergehen verantworten sollen, sondern es geht vielmehr darum, daß der Generalbundesanwalt bei diesem Prozeß die Gelegenheit ergreift, die Wahrheit über die Verhältnisse in der Kriegszone Irlands zu verzerren.

Seien wir uns bei diesem Prozeß im klaren: er ist nicht der einzige und steht in einer langen Reihe von Prozessen und Inhaftierungen irischer Republikaner Er wird keinen Frieden in irland bewirken. Er wird den republikanischen Kampf in Irland nicht aufhalten. Er wird Irland keine Demokratie bringen. Die Worte des Bundesgeneralanwaltes über Terrorismus und Kriminelle sind die selben wie schon bei seiner Isolationstaktik in Gefängnissen der BRD. Hier nun versucht er den irisch-republikanischen Kampf politisch von der deutschen Bevölkerung zu isolieren. Aber wie bereits bei der auf uns angewandtehn Isolationshaft ist er gescheitert und wird weiterhin scheitern.

Vielleicht ist das Gericht der Ansicht, daß eine Anhörung und ein Urteil über die Richtigkeit, Unrichtigkeit und Moral des irischen Kampfes nicht zu seinen Aufgaben gehört. Wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich Sie alle Begriffe politischer Natur aus der Anklage des Generalbundesanwaltes zu streichen; sowie alle Zeugen und Erklärungen, die nicht direkt etwas mit diesem Fall oder den angeblichen Vergehen zu tun haben. Aber ich muß betonen, daß die ganze Anklage des BGA auf politischen Standpunkten beruht und wenn diese beseitigt sind, fällt sein ganzes Kartenhaus in sich zusammen.

Wenn das Gericht nicht alle politischen Bezugspunkte unterlassen kann und einen politischen Prozeß will, dann seien Sie zumindest objektiv und ehrlich. Dann sollte das Gericht ZeugInnen aus West-Belfast laden, aus Tyrone, aus Derry, wo Menschen gefoltert, geschlagen und inhaftiert worden sind, von britischen Truppen oder einer sektiererischen (Anm. Sektierertum = religiöse Apartheid) Polizei, die loyal gegenüber den Briten ist, die internationales Recht über Kolonialismus und Selbstbestimmung verletzt.

Vielleicht sagen Sie, die IRA würde eine legal gewählte Regierung ablehnen. Irische Republikaner hatten und werden dies immer bestreiten und sie sagen eindeutig, daß der Widerstand der IRA die Antwort auf die illegale Teilung und Besetzung von 6 der 32 Grafschaften Irlands ist.

Die IRA entstand als die "Citizens Army" und die "Irish Volunteers" sich zusammenschlossen und si gegen Britannien Krieg führte, das damals ganz Irland besetzt hielt. Ich betone dem Gericht gegenüber: diese Frauen und Männer, die die britische Regierung 1922 an den Verhandlungstisch brachten, kamen direkt vom bewaffneten Kampf, den sie führten. Als Teil dieses bewaffneten Kampfes verwendeten sie Pistolen, Granaten, Gewehre, Sprengstoff, Landminen Bomben, erschossen sie Spione und erschossen Verräter. Die Ziele des Kampfes sind die selben, die Methoden - nach einer Vielzahl friedlicher Proteste - sind zur Methode des bewaffneten Kampfes zurückgekehrt.

1922 wurde ein Vertrag zwischen der britischen Regierung und einer Delegation irischer Repräsentanten unterzeichnet, der Irland unter der Souveränität der britisch Krone Unabhängigkeit zugestand. In diesem Vertrag wurde festgestellt, daß 6 der 9 Grafschaften Ulsters Teil der britischen Krone bleiben würde.

Durch diese Teilung schufen die Briten künstlich eine loyalistische Mehrheit im Nordosten Irlands. Das damalige irische Parlament anerkannte diesen Vertrag NUR unter der Drohung eines unmittelbaren Krieges.

Zu keinem Zeitpunkt akzeptierte die irische Bevölkerung diesen Vertrag pder die Teilung Irlands. Seit damals hat die IRA bewaffnet gekämpft, in den 30er, 40er, 50er, 60er Jahren bis heute.

Seitdem der Vertrag 1922 unterzeichnet worden ist, ist der falsche kleine Staat Nordirland immer unstabil gewesen. Die Ziele der IRA während und einschließlch aller Phasen des bewaffneten Kampfes bleiben die selben: die irische Wiedervereinigung. All diese Kampagnen wurden von der gleichen Armee, der IRA, geführt. Ihre Ziele waren und sind rein politische.

1937 hörte der Vertrag von 1922 auf zu bestehen. Die gültige irische Verfassung 1937 besagt eindeutig und parteiisch, daß die irische Souveränität für die ganze Insel beansprucht wird. Die Verfassung von 1937 ist der moralisch legale Standpunkt der Mehrheit der irischen Bevölkerung Irlands. Denn die Verfassung war der Wunsch aller Iren und der Vertrag 1922 ist illegal, da er nur unter der britischen Kriegsdrohung abge3schlossen wurde. Um die klare Teilung aufrechtzuerhalten haben die Briten immer wieder zu Methode der Spaltung der Community zurückgegriffen. Ein Teil der Community in den 6 Grafschaften wurde privilegiert. Er bekam bessere Arbeit, bessere Wohnungen, bessere Schulen. Diese Community strebte nach britischer Herrschaft, weil die britische Herrschaft nur diesen Teil der Community bevorzugte. (unionistische Copmmunity) ...



Die Teilung der Gesellschaft wirde durch die Einrichtung einer völlig sektierer ischen Polizei nur noch verstärkt, einer Polizei, die nahezu 100%ig protestantisch ist. Es war und ist ein politisches Apartheidssystem, mit Vorteilen für die, die der Machterhaltung der Briten nutzen. Es war ein System, mit dem die nationalistische Community gezwungen werden sollte die sechs Counties zu verlassen. Es war und ist ein System politischer Verfolgung von irischen RepublikanrInnen und NationalistInnen.

Es war und bleibt dieses System, das die Ursache für alle Kämpfe ist. Es war genau dieses System, das die Bürgerrechtsbewegung hevorgerufen hat. Diese Bewegung wurde von NationalistInnen und RepublikanerInnen, von ArbeiterInnen und StudentInnen getragen. Sie gingen auf die Straße um friedlich zu demonstrieren, doch die Geschichte zeigt deutlich, wie sie systematisch von den Straßen geprügelt und vertrieben wurden.

Und als schließlich die Menschen genug hatten und sich wehrten, wurde ihnen mit dem vollen Instrumentarium sektiererischer Apartheid begegnet.

In folge der Angriffe gegen die catholische Bevölkerung und deren Widerstand dagegen mußten RUC und B-Specials bald feststellen, das NationalistInnen und RepublikanerInnen sich diesmal nicht würden überrollen lassen, und daß sie, wie in allen legitimen Kämpfen, zu dem punkt gekommen waren, daß sie nicht mehr viel zu verlieren aber alles zu gewinnen hatten.

Als schließlich die britische Regierung erkennen mußte, daß ihre Marionettenregierung und deren Polizei nicht in der Lage waren, die wachsende Bewegung für Bürgerrechte und Gleichheit in Schach zu halten, wurde die britische Armee eingesetzt mit der Aufgabe, alles unter Kontrolle zu halten.

Bis heute behauptet die britische Regierung daß die Truppen nur eingesetzt wurden um den Frieden zu schützen und Ordnung wiederherzustellen. die Wahrheit ist jedoch daß sie ihre Truppen eingesetzt haben um sicherzustellen, daß die "Eingeborenen" sich nicht zu weit vorwagen oder irgendwas erreichen würden. Sie kamen um britische Interessen zu schützen, und es lag und liegt nicht im britischen Interesse, daß die nationalistisch-republikanische Community laut und deutlich sagt:" Wir haben genug; wir wollen dauernden Frieden; wir wollen Gleichheit; wir wollen keine Unterdrückung mehr; wir wollen Arbeitsplätze und wir wollen frei sein. Diese Community lebt immer noch in Unterdrückung, in Ungleichheit, sie hat noch immer keinen Frieden, wie auch in einem sektiererischen Staat, sie hat keine Arbeitsplätze und keine nationale Freiheit.

Wenige Tage nach der Stationierung, als die britischen Armee nationalistische Gebiete umstellte und durchsuchte, die Menschen belästigte und schlug, wurde der wahre Grund für ihren Einsatz deutlich. Erst nach dieser Phase, und nachdem viele NationalistInnen erschossen wurden, begann die heutige IRA zu wachsen, Reaktion auf die starke militärische und politische Unterdrückung.

Erst nachdem die friedlichen Methoden der Bürgerrechtsbewegung mit militärischer und politischer Gewalt beantwortet wurden trat die IRA in den Vordergrund Die Antwort auf friedliche Demanstrationen der BürgerrechtlerInnen, der NationalistInnen und RepublikanerInnen war deutlich: weder die unionistische Marionettenregierung noch die britische Regierung würden das tollerieren.

Wenn aber friedlicher Protest von einer Regierung nicht tolleriert wird, dann ist die einzige Form von Widerstand, die einem Volk bleibt, der bewaffnete Kampf.

Möglicherweise werden Sie meinen Worten über britische Unterdrückung nicht glauben wollen, dann hören Sie was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dazu zu sagen hat. Fragen Sie ihn, welcher Staat in Europa am häufigsten wegen Menschenrechtsverletzungen kritisiert wurde: Britannien in den sechs counties.

Fragen Sie Amnsty International nach deren vielen Berichten über Menschenrechts verletzungen, über schlechte Behandlung und Folter von irischen RepublikanerInnen!

Und seit letztem Montag können Sie das norwegische Helsinki-Komitee nach ihrem Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den sechs Counties Irlands fragen.

Seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes bis zum März 1976 wurden alle Gefangenen, die ohne Urteil interniert wurden und die, die für Aktionen im Zusammenhang mit der politischen Situation verurteilt waren, "Sonderkategorie-Status Gefangene" genannt. Faktisch war dies politischer oder Kriegsgefangenen-Status, da es anerkannte, das diese Gruppe von Sonderstatus-Gefangenen nicht interniert oder eingesperrt wäre, wen der politische Kampf nicht wäre.

In dieser Phase machte die britische Regierung zwei Waffenstillstände mit der Irisch Republikanischen Armee und ließ sogar Gefangene frei um an Treffen mit der britischen Regierung in England teilnehmen zu können. Diese Treffen fanden zwischen der IRA und der britischen Regierung statt, und die Leute, die daran teilnahmen sind genau die gleichen, mit denen die Briten heute nicht reden wollen, weil sie sie als Terroristen verdammen.

Politische Gefangene zu haben wurde für die Briten zunehmend peinlich auf Grund von internationalem Druck gegen die Internierung ohne Gerichtsverfahren, und weil es schwer war für die Briten international die Situation in den sechs Counties als einvöllig internes gesellschaftliches Problem zu verkaufen, während sie gleichzeitig politische Gefangene hatten. Daher schlugen die Briten eine neue Taktik ein, indem sie das Recht auf politischen Status für Gefangene abschafften, mit dem Ziel eine Kriminalisierung zu bewirken. Es war eine höchst unlogische Taktik, da bis zum 1. März 1976 Leute, die für Angriffe oder Aktionen von RepublikanerInnen verurteilt wurden offiziell politische Gefangene waren, und Leute, die nach dem 1. März 1976 für Angriffe oder Aktionen der

selben Bewegung für die selben Ziele und gegen das selbe fremde Unterdrückungsregime verurteilt wurden als Kriminelle galten.
Die Kriminalisierungsstrategie führte direkt zum Decken-Protest von Gefangenen die sich weigerten, Kriminelle genannt zu werden. Menschen wurden bis zu 5 Jahre lang unter bedingungen gehalten, die wiederum von Amnesty International verurteilt wurden. Während dieser 5 Jahre lebten sie ohne jegliche Kleidung, ohne Waschmöglichkeit, ohne Toiletten, ohne Bücher oder Radios, ohne Zusammenschluß, ohne das Grundrecht auf eine Stunde Hofgang. Diese Situatio wiederum führte direkt zum Hungerstreik 1980/81, der 10 irische Republikaner das Leben kostete. Diese Tode sind das Verschulden der Briten dadurch daß sie nicht sehen wollten, daß ein Volk,das für seine politischen Rechte kämpft nicht über Nacht zu Kriminellen gemacht werden kann nur weil es den Briten peinlich war politische Gefangene zu haben.
AlsBobby Sands (der erste Gefangene der starb) seinen Sitz im britischen Parlament gewann im Kampf für die fünf Forderungen der Gefangenen, wurde offen gezeigt, daß die nationalistisch/republikanischen Menschen die ihn wählten davon überzeugt waren, daß politische Gefangene keine Kriminellen sind. Und ich füge hinzu, daß die Stimmenzahl für Bobby Sands die für Mggie Thatcher in diese Wahl übertrafe. Die einzige Antwort der britischen Regierung war zukünftig Gefangenen die Teilnahme an Wahlen zu verbieten.
Während dieser ganzen Normalisierungs- und Kriminalisierungstaktik der Briten behaupteten sie immer wieder, daß die irischen RpublikanerInnen kein Mandat und keine Unterstützung hätten. Sie behaupteten die irischen RepublikanerInnen wären nichts als Kriminelle, und als dann die irischen RepublikanerInnen an Wahlen teilnahmen und gute Teile der nationalistischen Stimmen gewannen war die einzige Antwort diejenigen, die irischen Rpublikanismus unterstützen oder repräsentieren von den Medien, Fernsehen, Radio und Zeitungsinterviews zu verbannen.
Wir sagen,daß Demokratie ist, die Tatsache zu acceptieren, daß das Recht der irischen Bevölkerung gehört zu werden, garantiert werden muß, und daß Demokratie nicht ist, die Eckpfeiler jedesmal wieder zu verschieben, wenn die irischen RepublikanerInnen politische Siege erringen.
Es war eine Tatsache in der irischen Geschichte, und ist Tatsache heute, daß die Briten trauriger Weise nicht bereit sind ,wirkliche Schritte hin zur Realisierung des starken Wnsches der Mehrheit des irischen Volkes nach nationaler Unabhängigkeit zu unternehmen ohnen den Einsatz von Gewalt.
Laßt Euch nicht einwickeln von den Wortschöpfungen Des Bundesanwaltes und glauben, der irische Kampf sei terroristisch: jawohl, dort findet Gewalt statt, und traurig genug daß sie andauern wird bis die Ursachen für diese Gewalt beseitigt sein werden. Die Ursachen für diese Gewalt sind die politische und militärische Unterdrückung angeordnet von der britischen Regierung, die Tatsache, daß immer und immer wieder friedliche Mittel um unser Recht auf Selbstbestimmung zu sichern von den Briten zurückgewiesen wurden.
Die britische Regierung hat letztes Jahr klar gesagt, daß die IRA militärisch nicht besiegt werden kann.
Dadurch, daß die britische Regierung irische RepublikanerInnen von Radio und Fernsehen verbannt macht sie deutlich, daß sie unfähig ist die irischen RepublikanerInnen politisch zu schlagen.
Bevor Sie über Terroristen, Kriminelle und niedere Motive reden sollten Sie sich mal fragen: "Warum" kann die britische Regierung und das Militär den bewaffneten Kampf der IRA nicht schlagen?
Fragen Sie sich mal "warum" diese sogenannte britische Demokratie deb politischen Kampf nicht besiegen kann, den sie und Sie als terroristisch bezeichnen?

Die Antworten auf beide Fragen sind sehr einfach: Die irisch republikanische Bewegung hat die Unterstützung und moralische Stärke, den Kampf bis zu dem Punkt zu führen, an dem Britannien offen zugibt diese Kämpfe nicht besiegen zu können.
Wenn Sie diesen Kampf und die Menschen darin Terroristen nennen, dann müssen Sie auch die Unterstützung, ohne die der Kampf nicht fortgeführt werden könnte, terroristisch nennen. Wenn Sie das aber tun, machen Sie ca. 40% der nationalistischen Bevölkerung in den sechs Counties im Nordosten Irlands zu Terroristen.
Die irischen RpublikanerInnen genießen diese Unterstützung weil ihre Ziele gerecht und greifbar sind.
Bevor Sie uns weiter Terroristen nennen, täten Sie gut daran sich zu erinnern, daß "niemals" ein undekanntes Wort in der Politik ist, und das zu einem bestimmten Zeitpunkt die Menschen, die Sie heute Terroristen nennen, in ihren Augen "nicht-Terroristen" sein werden.
Ich meine damit, daß Leute, die sich den Nazis widersetzt und ihre Herrschaft bedroht habenTerroristen waren - daß heißt bis Hitler gestürzt wurde.
Möglicherweise wie Mandela oder Arafat? Heute noch Terroristen in Ihren Augen und morgen Staatsmänner der Welt.
All diese merkwürdigen Worte von Ihnen über etwas, wovon Sie wenig konkretes wissen und sich auch nicht dafür interessieren, Herr Bundesanwalt, passen Ihnen nur jetzt politisch in den Kram um Ihren Fall aufzubauen, aber indem Sie sie benutzen verlängern Sie aktiv den irischen Kampf dadurch, daß Sie seine Tatsachen und Bilder verwirren und verfälschen.
Sie behaupten ein Verfechter der demokratischen Rechte zu sein, des Rechtes auf deutsche Wiedervereinigung, aber einzig weil dies in Ihrem Interesse liegt.

Wenn Sie wirklich an Demokratie für alle Menschen interessiert wären, dann würden Sie diesen Prozeß nutzen um der britischen Regierung das zu sagen, was Sie den osteuropäischen kommunistischen Regimes ständig vorgehalten haben: Daß den Völkern ihr natürliches Recht gestattet werden muß, über ihre nationale Freiheit selbst zu bestimmen.

Zuschauer- mitschrift und Zusammenfassung der Rede von Gerry Mc Geough im Düsseldorfer Prozeßbunker am 16. August 1990:

Zu den direkten Anklagepunkten werde ich keine Aussage machen. Ich war amüsiert über Dr. Meu und seine Feststellung, daß die Bundesanwaltschaft keine Patei in dem bewaffneten Kampf im Norden Irlands sei. Ich danke Dr. Meu., daß sie logisch denken können. Doch, sie nehmen Partei im irischen Konflikt...

Ich will hier heute keine umfassende Analyse der britischen Kolonialherrschaft abgeben. Dazu werden wir im Verlauf des Prozesses noch kommen. Ich habe aber eine Botschaft an die britische Regierung, die ich ihr vielleicht über die beiden Individuen vom britischen Konsulat, die sich hier eingeschlichen haben, übermitteln kann.

Seit unserer Verhaftung haben sich die Briten damit gebrüstet, daß die Deutschen für sie - ganz gratis und auf Thatchers Art und Weise - ihre anti-irische Drecksarbeit übernehmen.

...und sie werden freigesprochen !

Es macht mir äußerstes Vergnügen das britische Establishment darüber zu informieren, daß es hier nicht so sehr um zwei irische Republikaner geht, denen der Prozeß gemacht wird, sondern um die korrupte, brutale und völlig illegale Besetzung des nordöstlichen Irlands. Wir werden die Tatsachen in bezug auf die schonungslose britische Militärmaschine gegen einen Teil der irischen Zivilbevölkerung erkennen. In den kommenden Monaten werden wir über Mord, Folter, Vergewaltigung reden und andere Greueltaten der britischen Armee, die an Männern, Frauen und Kindern verübt wurden, einschließlich ihrer Regierungspolitik auf irischem Boden. Durch rigorose Zensur, die Verzerrung der Wahrheit und offene Lügen, haben die Briten eine Propagandawand um den kolonialen Krieg im besetzten Irland gezogen; eine Wand, die entworfen wurde, damit die international Debatte über Irlands "britisches Problem" erstickt wird, damit die wahren Ttsachen nicht offen werden. Diese Mauer bröckelt bereits und dieser Prozeß wird ihr ein großes Stück entreißen.

In Belfast fand eine internationale Menschenrechtskonferenz statt. Dabei äußerte das norwegische Helsinki-Komitee, daß die britische Behandlung der Krise in Nordirland die Hauptursache für die Verurteilungen Großbritanniens durch den Europäischen Gerichtshof ist. Der Vorsitzende des Helsinki.Komitees äußerte die Auffassung, daß er bei seinen vielen Reisen - z.B. El Salvador, Guatemala, nirgends so viele Soldaten, die die Zivilbevölkerung ausfragen und kontrolleren, gesehen habe wie in Belfast.

Dieses Gerichtsverfahren soll die Aufmerksamkeit der Medien von der Menschenrechtskonferenz ablenken. Wir werden die britische Unterdrückung an den Tag bringen.

Vom historischen Gesichtspunkt aus gibt es eine gewisse Ironie in der Tatsache, daß irische Republikaner vor einem deutschen Gericht erscheinen sollen, mit Anklagen, die sich auf den Besitz von einigen "Kriegswaffen" und angeblichen Angriffen auf das britische Militär beziehen. Es ist ironisch in Erwägung dessen, daß 1916 die Regierung eines damals vereinten Deutschlands der IRA ein Schiff - mit 20 000 "Kriegswaffen" beladen - gegen das britische Militär geschickt hat.

Wie sich die Zeiten ändern !

Schließlich verurteile ich diesen pro-britischen Teil im deutschen Rechtssystem, der die Bedingungen zu verantworten hat unter denen ich in der JVA Frankenthal in Rheinland-Pfalz gehalten wurde. Dort wurde ich einige Monate lang, kaum besser als ein Tier behandelt.

Ich wende mich an die deutschen Behörden. Wir waren zwei Jahre inhaftiert. Das ist eine unentschuldbar lange Zeit ohne Gerichtsverfahren. Wir werden später auf die brutalen Umstände der Festnahme eingehen. Ich war 22 Monate lang in Süddeutschland im Gefängnis. Wir sind schutzlose ausländische Gefangene, die keine Auseinandersetzung mit dem detuschen Volk führen. Die Zeit in Frankenthal war ein Alptraum. Ich frage sie, ob die fünf monatige Totalisolation notwendig war? Die ganze Zeit ohne Kontakt zu einem Menschen, außer den oberflächigen Begegnungen mit den Wärtern bei der Essensausgabe und dem Hofgang? War es aus Sicherheitsgründen wirklich notwendig, daß meine Hände während 116 Tagen auf dem Rücken gefesselt wurden während des Hofgangs ? Wirklich notwendig, wo doch die ganze Zeit über ein geladenes Maschinengewehr a mich gerichtet war ? War es aus Sicherheitsgründen notwendig, mir über ein Jahr lang jeden Sport zu verbieten ? Und warum durfte ich keinen Deutschkurs machen, obwohl man sich weigerte, die mich betreffenden Beschlüsse zu übersetzen ? Sollte hier nicht meine Verteidigung verhindert werden ? Während 22 langen Monaten wurde ich viermal täglich durchsucht. Diese Durchsuchungen wurden zu bestimmten Zeiten durch entwürdigende Nackt-durchsuchungen ergänzt. Diese Liste ließe sich fortsetzen. War es aus Sicherheitsgründen wirklich notwendig, daß die Lautsprecher in meiner Zelle 24 Stunden am Tag, Tag



für Tag, 22 Monate lang, die knastinterne Kommunikation übertrugen ? Ich auf diese Weise ständig mit Sprüchen wie "Herr Schmidt, 534 anrufen" belästigt wurde? Warum wurden Briefe bis zu sechs Monate zurückgehalten ? Wenn all diese Maßnahmen eine Taktik waren, um meine Moral zu brechen, dann ist sie fehlgeschlagen. Das alles ist eine grausame, demütigende Behandlung, für die es keine Rechtfertigung gibt. Solange wir als de facto politische Gefangene im Interesse Großbritanniens festgehalten werden, müssen wir menschlich behandelt werden. Ich verlange eine Antwort auf meine Frage, wer die Zustände in Frankenthal zu verantworten hat.

Ich gehe davon aus, daß all dies auf Veranlassung Großbritanniens geschehen ist. Lassen sie sich nicht durch die Briten manipulieren. Auf der Ministerkonferenz mit Margret Thatcher wurde über die Deutschen gesagt, sie seien Egoisten, aggressiv, angsterfüllt mit starkem Minderwertigkeitskomplex. Sie sehen, das ist die Dankbarkeit der britischen Regierung. Glauben sie uns, wir habe 800 Jahre Erfahrung mit ihnen, wir kennen ihre Tricks, fallen sie nicht darauf herein.

Nun würde ich auch gerne aus tiefstem Herzen all diesen wunderbaren normalen deutschen Menschen - aller Altersstufen und Herkuft - danken, die uns ungeheuer viel Wärme, Unterstützung und Sympathie während der Zeit unserer Inhaftierung entgegengebracht haben. Im Gegensatz zur Bundesanwaltschaft sind sie weder von den Briten beeindruckt noch werden sie von ihnen zum Narren gehalten.

T.Gerard Mc Geough
16.8.90

Die beiden Gerrys freuen sich immer über Post. Schreibt den beiden auf Englisch:
Gerry McGeough   Gerry Hanratty
beide über 6. SS OLG Düsseldorf
Cecillienallee 3
4000 Düsseldorf
Man/Frau kann beiden unbegrenzt Briefmarken reinschicken und bei ihrem Postaufkommen ist dies auch bitter nötig.

DIE WEITEREN PROZESSTERMINE

Do.	20.9.	9.30 Uhr	Do.	22.11.	9.30
Fr.	21.9.	9.00	Fr.	23.11.	9.00
Do.	27.9.	9.30	Do.	29.11.	9.30
Fr.	28.9.	9.00	Fr.	30.11.	9.00
Do.	4.10.	9.30	Do.	6.12.	9.30
Fr.	5.10.	9.00	Fr.	7.12.	9.00
Mo.	14.10.	14.00	Do.	13.12.	9.30
Do.	18.10.	9.30	Fr.	14.12.	9.00
Fr.	19.10.	9.00	Do.	20.12.	9.30
Fr.	26.10.	9.00	Fr.	21.12.	9.00
Mi.	7.11.	9.00	Mi.	2.1.	14.00
Do.	8.11.	9.30	Do.	3.1.	9.00
Fr.	9.11.	9.00	Fr.	4.1.	9.00
Do.	15.11.	9.30			
Fr.	16.11.	9.00			

Nach jedem Prozeßtag ist im Anschluß an die Verhandlung Prozeßcafe. Das Cafe ist in dem Veranstaltungsraum in der Kiefernstr. 35. Es ist normalerweise in der Zeit zwischen 18.oo und 20.oo geöffnet, wenn allerdings im Prozeß länger verhandelt wird, kann sich die Öffnungszeit des Prozeßcafes nach hinten verschieben.

Alle interessierten Menschen können sich an die jeweiligen Gruppen in ihrer Region wenden, wenn es um weitere Informationen, Material, Veranstaltungen etc. geht. Das Prozeßbüro soll, wenn irgend möglich, nur an den Prozeßterminen kontaktiert werden. Uns würde das unsere Arbeit erheblich erleichtern.

Irland Solidarität Gießen
c/o Info Laden
Südanlage 20
6300 Gießen

Irland Solidarität West-Berlin
c/o Asta FU
Kiebitzweg 23
1000 Berlin 33

Irland Gruppe Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 36

Nord Irland Gruppe Freiburg
c/o BuLa J. Fritz
Wilhelmstr 15
7800 Freiburg

Nord Irland Gruppe Bielefeld
c/o Info Laden Anschlag
Heeperstr.132
4800 Bielefeld

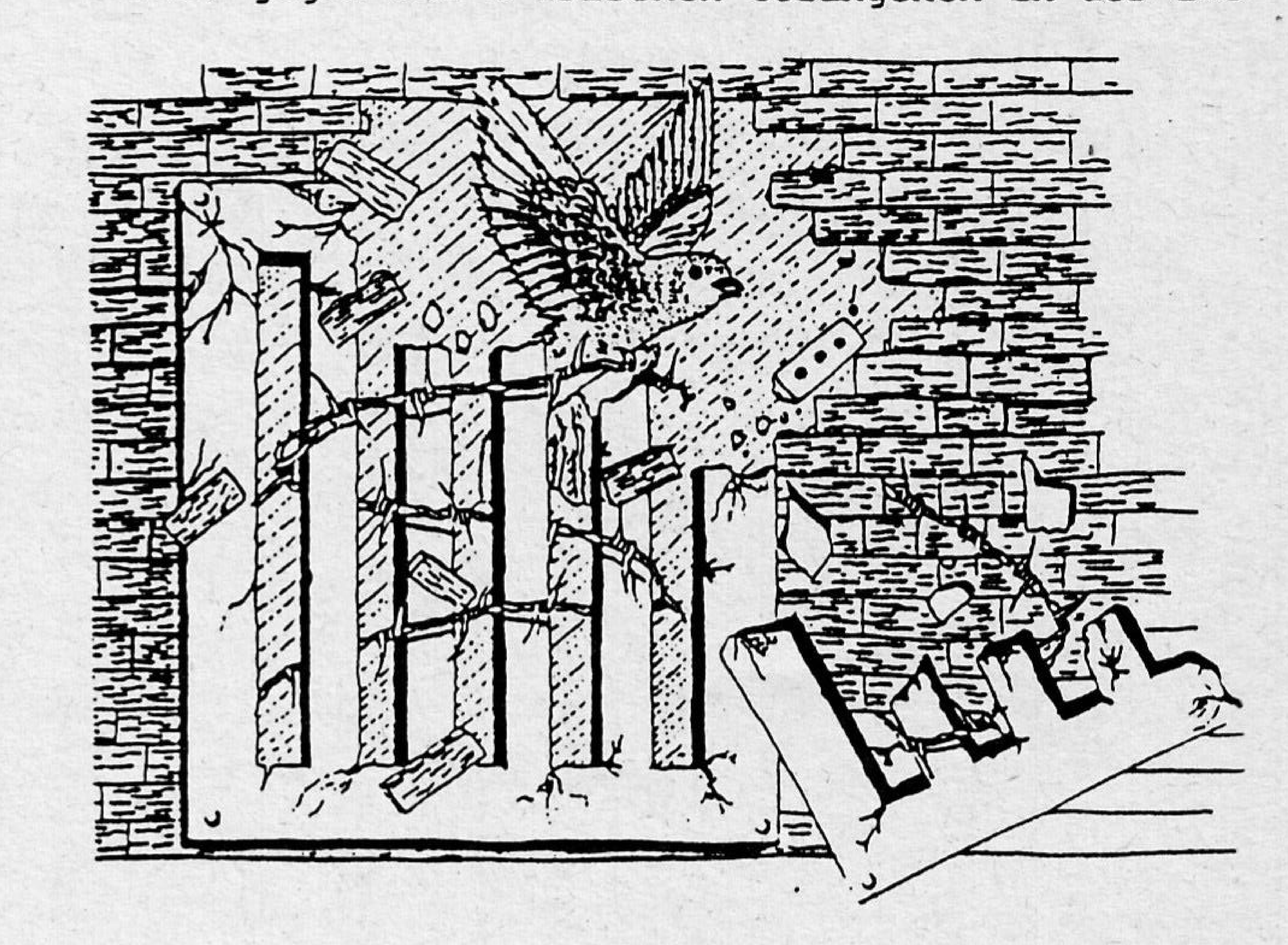
Irland Gruppe Göttingen
c/o BuLa Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Comhphobal Cumhacht
c/o Gefangenen Initiative
Lessingstr. 18
4600 Dortmund 1

Info-Cafe
Schönhauser Allee 20
Berlin 1058
DDR

Die Mächtigen erscheinen nur mächtig, solange wir auf unseren Knien leben - ERHEBEN WIR UNS !!

Broschüre zum Prozeßbeginn (16.8.90,OLG Düsseldorf) gegen die 2 irischen Gefangenen in der BRD



"The Great only Appear Great, because We Are on Our Knees. Let Us Rise !" (James Connolly)

LENINISMUS UND PERESTROIKA

MODERNISIERUNGSPOLITIK IN DER SOWJETUNION

Einleitung

Mit dem Ende der Stalin-Ära Mitte der 50er Jahre ist der leninistische Modernisierungsangriff gegen die städtischen und vor allem ländlichen Unterklassen zunächst einmal beendet. Mit Zwangskollektivierung, forcierter Industrialisierung, Hunger und Terror haben die Bolschewiki einen "sozialistischen" Arbeitsstaat durchgesetzt, die sozialen Strukturen Gründlich verändert, ein "modernes" Industrieproletariat geschaffen und aus dem agrarischen Rußland einen Industriestaat aus dem Boden gestampft.
Nun vollzieht sich mit den tiefgreifenden sozialen Umwälzungen der Perestroika ein erneuter [illegible]isierungszyklus in der Sowjetunion, der zum einen in der Kontinuität der bolschewistischen Entwicklungsdiktatur seit 1917 steht und zum anderen inseinem Ausmaß durchaus an die Angriffe nach 1917 heranreicht. Wenn Gorbatschow und andere Apologeten der Perestroika Parallelen zur Oktoberrevolution ziehen und von einer "sozialen Revolution" sprechen, so beschreiben sie die Dynamik der laufenden Prozesse durchaus richtig, wenn auch der Begriff der "sozialen Konterrevolution" treffender wäre.
Im folgenden wird zunächst einmal die Ausgangssituation der Perestroika, die sog. "Stagnationsphase", beschrieben, um die Zielsetzung der Perestroika als Modernisierungsangriff klar zu machen. Anschließend werden einige Kernelemente der Perestroika dargestellt, die auf eine Neuzusammensetzung der Klasse und eine Modernisierung des Fabrikkommandos hinauslaufen. Zum Schluß sollen einige Hypothesen über die mögliche weitere Entwicklung in der SU und die anstehende Neuordnung Europas formuliert werden.

1. Unterklassen und Planwirtschaft - Die Stagnation des sowjetischen Arbeitsstaats als Ausgangspunkt der Perestroika

Seit den 70er Jahren steht die UdSSR unter einem verschärften ökonomischen Reformdruck, zentrale Kennziffern der ökonomischen Entwicklungweisen für die herrschende Partei- und Planbürokratie in eine bedrohliche Richtung: Das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität geht kontinuierlich zurück (von 6,8% im Jahresdurchschnitt 1966-1970 auf 3,1% in den Jahren 1981-1985), in der 1. Hälfte der 80er Jahre übertrifft es das der USA nur noch um 5% (gegenüber 40% in den 50er Jahren); absolut gesehen liegt 1986 die Arbeitsproduktivität in der sowjetischen Industrie um 55% und in der Landwirtschaft um 20-25% unter derjenigen der USA (Conert -a-, S.55). In dem Zeitraum von 1966-1985 geht das Wachstumstempo der Industrieproduktion von 8,5 auf3,7 zurück, das der landwirtschaftlichen Produktion von 3,9 auf 1%, das Realeinkommen der Bevölkerung von 5,9% auf 2,1%. Angesichts des relativ kurzen Zeitraums, des im Vergleich zu den kapitalistischen Metropolen ausgeprägt ungedecktem Bedarfs, des rapiden Kaufkraftverlusts des Rubels und der regionalen Heterogenität, die unter diesen Globalzahlen untergeht, muß die Situation für die Herrschenden dramatische Ausmaße angenommen haben (a.a.O., S.127f.). Vor dem Hintergrundeiner zunehmenden technologischen und stofflichen Veralterung der Produktionsanlagen, eines extrem niedrigen Nutzungsgrades von Roh- und Brennstoffen und einer beständig zunehmenden "technologischen Lücke" zu den kapitalistischen Metropolen, kommt es für die Apologeten des Modernisierungsprozesses darauf an, **"die Arbeitsproduktivität entscheidend zu steigern, die Effektivität der Produktion und die Qualität von Erzeugnissen insgesamt zu erhöhen. Dabei geht es nicht etwa um einige Prozente oder Punkte, sondern darum, eine Effektivität zu erzielen, die den modernen Anforderungen der Produktion und dem Welthöchststand ent-**

sprechen"(Abalkin, S.12).

Traditionelle Bewußtseinstrukturen der Unterklassen

Auch wenn die Sowjetunion heute rein statistisch ein Industriestaat mit einem städtischen Industrieproletariat als dominierender Klasse ist, so muß man dennoch in gewissem Sinne von einer "unvollkommenen Industrialisierung " sprechen. Zum einen ist in der SU die Bedeutung der Agrarbevölkerung in absoluten Zahlen immernoch gewaltig, und zum anderen ist der bolschewistische Modernisierungsangriff in einem wesentlichen Punkt gescheitert: Er ist nicht in der Lage gewesen, ein an westlich-kapitalistischen Maßstäben gemessen modernes Arbeits- und Leistungsethos und individualistische Konkurrenzmentalität durchzusetzten. Innerhalb der hsitorisch relativ kurzen Zeitspanne und vor dem Hintergrund des spezifischen Charakters des bolschewistischen Industrialisierungsprozesses haben die Unterklassen in der SU weder die moderne Arbeitsdisziplin verinnerlicht, noch sind traditionalistische kollektiv-egalitäre Bewußtseinsstrukturen endgültig zerstört worden. So beklagt F. Wilhelm Christians, Aufsichtsratsvorsitzender und SU-Experte der Deutschen Bank, die "russische Mentalität", die eben nicht erwerbsbezogen sei. Die Menschen in der SU seien bodenständig, bescheiden und nicht an Leistung interessiert. Und er berichtet: **"Ein westlicher Interviewer steht am Fabriktor und fragt eine Arbeiterin,... Was halten Sie von den neuen Lohnrichtlinien? Die Antwort lautet: Ich habe es bisher gut gehabt, ich habe 90 Rubel in der Woche bekommen. Jetzt soll ich 100 Rubel bekommen und dafür schuften. Mit mir nicht!"** ("Die Zeit", 29.12.1989). An gleicher Stelle bezeichnet der Wirtschaftswissenschaftler und Marktapologet N. Schmeljow die **"Psychologie der Menschen, der einfachen Menschen, der Menschen auf der Straße"** als wesentliche "Reformbarriere" in der UdSSR. Ähnlich einer der führenden Wirtschaftsberatewr von Michail Gorbatschow, der stellvertretende Leiter der Planungs-, Finanz- und Budgetkommission im Obersten Sowjet, N. Petrakow: **"Uns ist die Marktpsychologie fremd ... Die Menschen glauben, Preise müßten stabil sein oder gar sinken. Sie sind bereit, in Schlangen zu stehen. Unsere Umfragen zeigen, daß rund 40% für das Lebensmittelkartensystem sind. Der sowjetische Konsument ist noch nicht zur Marktwirtschaft bereit"** ("Die Zeit", 4.5.1990).

Diese offensichtlich tiefverwurzelte Fremdheit gegenüber kapitalistischen Leistungsnormen korrespondiert mit einer ebenso weit verbreiteten wie verankerten "Mentalität der Gleichmacherei", die von allen Perestroika-Anhängern vehement beklagt wird. Der Zwangsindustrialisierung mit all ihrem Terror ist es in den 70 Jahren nach der Oktoberrevolution nicht gelungen, die egalitären Traditionen und Bewußtseinsformen der sowjetischen Unterklassen auszurotten (Flaherty, S.42). In der Konsequenz sind die traditionell-egalitären Vorstellungen von "Gerechtigkeit" ein gravierendes Bollwerk gegen sämtliche Formen der Lohndifferenzierung, der materiellen Leistunsanreize und der Koppelung von Einkommen und Produktivität gewesen: **"Hier, will mir scheinen, haben wir es mit einer massiv verbreiteten Abirrung der öffentlichen Meinung zu tun, derzufolge man durch ehrliche Arbeit keine Reichtümer erwerben könne und folglich jeder, der reich und ohne materielle Not lebe, bis zu einem gewissen Grad ein Gauner, Betrüger und Schmiergeldempfänger sein müsse. (...) Dies weist darauf hin, daß viele Sowjetbürger allein die Tatsache, daß jemand viel verdient, negativ bewerten, unabhängig davon, wieviel seriöse und produktive Arbeit derjenige dafür aufwendet ... Als Relikt der Ideologie der zwanziger und dreißiger Jahre entspricht dieser Argwohn gegenüber hohen Löhnen nicht mehr den heutigen Interessen der sowjetischen Gesellschaft und untergräbt die sozioökonomischen Evolutionsmöglichkeiten der UdSSR"** (Saslawskaja, S.85).

Widerstandsverhalten gegen den Zwangsplan

Die traditionell- egalitären Bewußtseinsformen der Unterklassen in der UdSSR treffen auf die kollektive Erfahrung von Entfremdung, Unterdrückung und Ausbeutung unter dem Fabrikkommando des staatlichen Zwangsplans. Arbeit bedeutet auch unter dem Regime des Staatssozialismus von Anfang an Zwang zur Arbeit, und die oft beklagte "Passivität" oder die allgemeinen Verhaltensformen von **"Gleichgültigkeit, mangelndem Verantwortungsbewußtsein, Trägheit, Skepsis und manchmal auch Zynismus"** (Saslawskaja) sind der adäquate Ausdruck des Klassenbewußtseins gegenüber dem Zwangsplan. Was häufig als "mangelnde Arbeitsmoral" (Saslawskaja, S.86; Aganbegjan, S.89) beklagt wird, ist bewußte Leistungsverweigerung, Leistungsreduzierung oder "bewußte Kürzung der Effizienz" analog der alten IWW-Parole (Flaherty, S.43). Selbst in ökonomisch erfolgreichen Betrieben erklärten in neueren Umfragen nur 32% bzw. sogar nur 17% der Befragten, sie arbeiteten mit voller Kraft (Conert -a-, S.58).

Eines der wichtigsten Mittel der Klasse in der SU, die Arbeitsproduktivität zu senken, ist die "Nicht-Arbeit während der Arbeitszeit" in Form von Nebenbeschäftigungen während der Arbeitszeit oder Diskussionspausen, Kommunikation statt Arbeit usw. Auf diese Weise wird in der Industrie die Schichtarbeit um 15-20% und die normale Tagesarbeit um 10% reduziert (a.a.O., S.58). Welch große Bedeutung der Arbeitsverweigerung als Sabotage der Arbeitsproduktivität auch aus Sicht der Modernisierer zukommt, macht A. Aganbegjan, sog. "Architekt der Perestroika", deutlich: **"Es gibt allerdings auch eine ziemlich große Schicht von schwachen Arbeitern, von Faulenzern und Alkoholikern, für die die Arbeit nicht die Hauptsache ist und die versuchen, Dienst nach Vorschrift zu machen"** (Aganbegjan, S.115). Neben dieser allgemeinen "Sabotage der Produktivität" verbirgt sich hinter der "Passivität" der Klasse **"nachlässige Arbeitsdisziplin, qualitativ minderwertige Arbeit, verschwenderischer Umgang mit Ressourcen und die Möglichkeit, gesellschaftliches Eigentum zu entwenden"** (Saslawskaja, S.107).

Ein weiterer für die SU wichtiger Punkt des Klassenwiderstands ist der nach wie vor hohe Fluktuationsgrad. Die offiziell genannte minimale Fluktuationsrate beträgt immernoch 15%, was angesichts der sehr eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten erheblich ist (Flaherty, S.43). Selbst wenn das Problem nicht mehr die Dimensionen wie zur Zeit des Stalinismus hat, so wird die Fluktuation als Möglichkeit zur Einkommensverbesserung ohne höhere Arbeitsleistung durchaus ernst genommen (Saslawskaja, S.87).

"Negative Integration" der Klasse in der SU

Die Klassenauseinandersetzungen spielen sich i.d.R. in eher verdeckten Formen ab; sie haben vergleichsweise selten den Charakter der offenen Konfrontation angenommen. Ursache für diese verdeckten Angriffe auf die Produktivität und die Effizienz ist dabei nicht nur die Androhung von Repression, sondern auch eine Art "negativer Integration". Diese beruht zum einen auf einem Patron-Klientel-Verhältnis, was die politischen Zielsetzungen der Herrschenden in der SU widerspiegelt. Die Strategie des "extensiven Wachstum" und die Industrialisierungspolitik der Bolschewiki bevorzugten die Primärgüter- und Schwerindustrie und führte so zu einer "dualen" Ökonomie mit einer privilegierten Kapitalgüterproduktion und relativ vernachlässigter Leichtindustrie und Dienstleistungssektor. Entlang dieser Entwicklungslinien vollzog sich eine Klassenspaltung, die sich z.B. an einer Streuung der Löhne von 112% des Durchschnittslohns im Maschinenbau, 105% im Transportwesen, 96% im Forschungs- und Entwicklungsbereich, 86% in der Landwirtschaft bis hin zu 63%

des Durchschnittslohns im Gesundheitswesen niederschlägt (Flaherty, S.43). Über diese Lohndifferenzierung und andere einkommenswirksame Privilegien wurde das Industrieproletariat der privilegierten Branchen in die Strategie des "extensiven Wachstum" koopptiert, während das Mindestlohnsystem und die Duldung illegaler Einkommensquellen in den benachteiligten Branchen dort die sozialen Spannungen abfederten (a.a.O., S.43). Diese Form der "negativen Integration" wird noch dadurch unterstützt, daß in der Ära Breshnew die Lohndifferenzierung nach Berufen zu Lasten der spezialisierten Kader bzw. der "Facharbeiter" eingeebnet wurde. Diese "Gleichmacherei" kann somit als weiteres Zugeständnis an den industriellen Massenarbeiter interpretiert werden (a.a.O., S.44).

Die SU als "Verhandlungssystem auf Gegenseitigkeit"

Ein wesentlicher Faktor sowohl für die "negative Integration" als auch für die verdeckte Sabotage der Produktivität in der SU ist der Charakter des Zwangsplans selbst, der häufig zu einer informellen Kooperation von betrieblichem Management und KLasse führt.
An sich stärkt der zentralistische Plan trotz seines Gewaltcharakters allein durch die Bedingung der Vollbeschäftigung das Widerstandspotential der Klasse, da der Arbeitsmarkt und die Drohung der Arbeits- und Einkommenslosigkeit als Disziplinierungsmittel fehlt. Darüber hinaus ist die sog. "unzulängliche Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitspotentials" eines der wesentlichen Resultate der Klassenkämpfe auf der Basis des Zwangsplans. Neben der Nicht-Arbeit während der Arbeitszeit spielt hier vor allem die sog. "überflüssige Beschäftigung" eine entscheidende Rolle. So wird die betriebliche Überbeschäftigung auf ungefähr 10 Mio. Arbeiter und Angestellte seit mindestens 15 Jahren geschätzt (Conert -a-, S.56). Diese betriebliche Überbeschäftigung ist eine der Hauptursachen der niedrigen Arbeitsproduktivität. Obwohl im Prinzip die Planung in der SU auch die strikte Planung der betrieblichen Beschäftigung umfaßt, liegt es im Interesse der Betriebsleitungen, ungenaue bzw. nicht überprüfbare Daten weiterzuleiten. Die Reduktion der Belegschaften ist in der SU für das betriebliche Management kein besonders erstrebenswertes Ziel, da steigende Rentabilität (als Folge von "Arbeitskraftökonomie") keine vorrangige Bewertungskennziffer für die Betriebsleitungen ist und weil die Betriebe nur in sehr eingeschränktem Umfang über die eingesparten Finanzmittel verfügen können (a.a.O., S.57).
Auf der anderen Seite liefert die charakteristisch schwankende Auslastung der Produktionsanlagen mit den ebenfalls charakteristischen Phasen von Mehrproduktion (um die Planauflagen zu erfüllen) dem betrieblichen Management ein starkes Motiv zur Bildung von Arbeitskraftreserven (a.a.O., S.57). Ebenso sind Produktionsunterbrechungen in Folge der verbindlichen Abstellung von Arbeitskräften an andere - vor allem landwirtschaftliche - Betriebe nur bei erheblicher Arbeitskraftreserven vermeidbar. Die Schaffung von Leistungsreserven ist schließlich auch deshalb im Interesse der Betriebsleitungen, da die sowjetische Planrealität Arbeitsresultate an der Kapazitätsgrenze mit erhöhten Planauflagen bestraft (a.a.O., S.22). Um Arbeitskräfte an den Betrieb zu binden, wird häufig nicht die effektive, durch Produktionsausfall und -stillstand häufig niedrigere Leistung entlohnt sondern eine fiktive, höhere, die zudem dem Gerechtigkeitsempfinden der Beschäftigten entspricht; ein Mechanismus, der von den Modernisierern als "Lohnzwang" beklagt wird (Saslawskaja, S.173f.).
Die informelle Souveränität der Klasse in den sowjetischen Betrieben zwingt das betriebliche Management so, die Sabotage der Produktion zu akzeptieren, da nur so die Auflagen des Plans zu erfüllen sind (a.a.O., S.22; Flaherty, S.45). Die Konsequenz ist eine "Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit" zwischen Planbürokratie,

betrieblichem Management und Klasse (Saslawskaja, S.96; Conert -b-, S.480).
Der zentralistische Plan als Grundlage der Klassenauseinandersetzungen beseitigt die Unabhängigkeit und die allein am Verwertungsinteresse orientierte Entscheidungsautonomie des betreiblichen Managements. Dieser prinzipielle Unterschied zum kapitalistischen Verwertungsdiktat der ökonomischen Effizienz "verzerrt" das Verhältnis von Management und Klasse (diLeo) und liefert so die Basis dafür, daß das Widerstandsverhalten der Unterklassen eben nicht in Produktivitätsfortschritte umgesetzt wird. Statt dessen wird die ökonomische Dynamik des sowjetischen Systems nachhaltig blockiert Conert -a-, S.94f.): **"Mehr Maschinen, um vom Arbeiter eine stabile und sichere Anwendung zu erhalten, aber keine Straffung der Zeiten: paradoxerweise hat man eine Mechanisierung des Arbeitsprozesses erreicht, nicht aber eine entsprechende Organisierung der assoziierten Arbeit. Die Folge war einerseits eine Verschwendung von Kapital, andererseits die wesentliche Beibehaltung der Unterordnung der Arbeiter ... und insgesamt eine große Schwerfälligkeit des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses"** (diLeo, S.211).

2. Die Perestroika als erneuter Modernisierungsangriff auf die sowjetischen Unterklassen

Erklärtes Ziel der sog. "Umgestaltung" in der SU ist eine neue Entfaltung der ökonomischen und gesellschaftlichen Dynamik, die sich an den Modernitäts- und Effizienzkriterien der kapitalistischen Metropolen orientiert. Dabei liegen die Ursachen für die "Stagnationsphase" in einem "unmodernen" und leistungsfeindlichen Massenbewußtsein sowie dem Alltagswiderstand gegen das Fabrikkommando, was sich auf Grundlage des zentralistischen Zwangsplans in chronischer Produktivitätsschwäche niederschlägt. Vor diesem Hintergrund zielt die Perestroika auf mehr als auf ein paar technisch-organisatorische Reformen des Planungs- und Leitungsmechanismus. Für den stellvertretenden Ministerpräsidenten L. Abalkin will die Perestroika **"die sowjetische Gesellschaft auf eine qualitativ neue Stufe ihrer Entwicklung bringen"** (Abalkin, S.12). Noch drastischer formuliert es T. Saslawskaja, Präsidentin des sowjetischen Soziologenverbandes und als Mitverfasserin des "Nowosibirsker Manifest" 1983 eine der Wegbereiterinnen der Perestroika: **"Die langen Jahre passiv-entfremdeter Existenz haben unzweifelhaft nicht nur das Verhalten der Leute in der Wirtschaft, sondern auch ihre Gewohnheiten und Wertvorstellungen, mit anderen Worten ihre soziale Qualität als Arbeitskraft(sic!!)geprägt"** (Saslawskaja, S.87). Damit wird die Perestroika zu einem "sozialen Prozeß", in dem der "Faktor Mensch" die entscheidende Rolle spielt (a.a.O., S.111).

Durchsetzung "sozialistischer Gerechtigkeit" gegen "Gleichmacherei"

Die Neukonzeption von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der SU orientiert sich ganz allgemein an dem Ziel, die tiefverwurzelten egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen aufzubrechen und ein neues Bewußtsein von Leistung sowie leistungsbezogener Ungleichheit zu etablieren: **"Auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der sowjetischen Gesellschaft ist das Schlagwort von der allgemeinen sozialen Gleichheit, ohne Berücksichtigung der Differenziertheit der einzelnen Leistungen, reaktionär und schädlich"** (a.a.O., S.154). Im Rahmen der "sozialistischen Gerechtigkeit" **"hat der Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, den die verschiedenen Gruppen ... erhalten, in unmittelbarem und direktem Zusammenhang damit zu stehen, wie diese Gruppen jeweils arbeiten..."** (a.a.O., S.154). In diesem Sinne soll die neue Sozialpolitik die Wertvorstellungen, Bedürfnisse und Interessen der Menschen regulieren, für eine subjektive Identifizierung mit den gesellschaftlichen Zielen der Perestroika sorgen und

einer effizienten Wirtschaftsentwicklung Flankenschutz bieten (a.a.O., S.146f.). Dabei soll auf landesweit einheitliche soziale Lösungen sowie auf die "völlige soziale Gleichartigkeit der Gesellschaft" verzichtet werden und die Sozialpolitik **"konsequent auf die Aktivierung des menschlichen Faktors in der Wirtschaft und die Erhöhung der ökonomischen Initiativbereitschaft ausgerichtet werden"** (a.a.O., S.151).
Einer der wesentlichsten Ansatzpunkte dieser auf soziale Differenzierung gerichteten Strategie ist die Neuregelung der Lohn- und Prämiensysteme durch Artikel 14 des "Gesetzes über den staatlichen Betrieb", welches am 1.1.1988 in Kraft trat. Dabei soll zunächst durch eine Erhöhung der Lohn- und Gehaltssätze deren Anteil am Einkommen gegenüber den Prämien erhöht werden. Durch Arbeitsplatzanalyse und Überprüfung der Normen werden die Prämienbedingungen auf eine neue Grundlage gestellt, was nicht selten die Übererfüllung der Normen und damit auch die Prämienzahlungen senkt. Allgemein ist eine Erhöhung der Durchschnittslöhne und -gehälter vorgesehen, wobei die Einkommen von Facharbeitern sowie des ingenieurtechnischen Personals überdurchschnittlich erhöht werden. Bedingung ist allerdings eine "ökonomische Lohnbestimmung", nach der die Betriebe die Mittel zur Erhöhung der Gesamteinkommen der Beschäftigten selbst erwirtschaften müssen (Conert -c-, S.214). Erklärtes Ziel dieser neuen Formen der Lohnbestimmung ist die Koppelung der Einkommen an die Leistung und Produktivität sowie die Beseitigung der "Gleichmacherei". Im Rahmen der "Konsolidierung der sozialistischen Gerechtigkeit" geht es darum, leistungsorientierte Entlohnung und Verteilung als "gerecht", gleiche Entlohnung aber als "ungerecht" zu etablieren (Saslawskaja, S.189). Im Ergebnis resultiert für einige Teile der Klasse die Möglichkeit von Einkommenssteigerungen auf Kosten allgemein erhöhter Leistungsanforderungen, ansonsten aber Einkommensunsicherheiten und teilweise auch relative und absolute Einkommenseinbußen (Conert, -c-, S.214).
Als weiteres wichtiges Element bei der Durchsetzung "moderner" Effektivitäts- und Leistungsnormen sowie bei der Koppelung von Einkommen und Produktivität gilt die Institutionalisierung neuer Formen der Wirtschaftstätigkeit wie Familienverträge, Heimarbeit, individuelle unternehmerische Tätigkeit und vor allem Pachtverträge und Genossenschaften. Mit dem Gesetz über Kooperation vom Mai 1988 werden die Genossenschaften staatlichen Betrieben gleichgestellt. Sie arbeiten auf Basis selbst erstellter Wirtschaftspläne, können eigene Preise festsetzen, haben das Recht zu eigenen außenwirtschaftlichen Beziehungen usw. (Conert -a-, S.189f.). In den Genossenschaften werden wesentlich höhere Einkommen als im staatlichen Sektor erzielt, oft werden 14 Monatsgehälter gezahlt. Dafür gibt es keine festen Arbeitszeiten, es wird eine erhöhte Arbeitsdisziplin verlangt, und bei Nachlässigkeit droht schnell Entlassung(a.a.O., S.193).
Trotz eines dramatischen Anstiegs ihrer Zahl erzeugen die Genossenschaften lediglich 1% der Massenbedarfsgüter und Dienste. Darüber hinaus treffen sie als Quelle "ungerechter Bereicherung" auf zunehmenden Widerstand: **"Im Volke sagt man, daß die Genossenschaften, diese 'Individuellen', gesetzliche Ausplünderung bedeuten. Mein Genosse, der Schicht für Schicht am Brennofen steht, verdient 200 Rubel, aber irgendein Onkel, der mit Zuckerwatte handelt, häuft Tausende in seiner Tasche an. Wie man das immer erklären mag, hier stellt sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit." "Als Goldgräber war ich stolz, aber jetzt, als Genossenschaftler, schäme ich mich, und die Leute sehen mich scheel an"** (bei Conert -a-, S.192). Diese Stimmung wird noch verschärft durch die Tatsache, daß im Durchschnitt die Preise genossenschaftlicher Produkte so hoch sind, daß nur wenige gut Verdienende sie bezahlen können. Seit dem Sommer 1989 wird sogar von Überfällen, Tributerpressungen, Entführungen und Mordan-



schlägen auf Genossenschaften berichtet (a.a.O., S.192).
Ähnliches wie für die Genossenschaften gilt auch für den Pachtvertrag, häufig als die "höchste Form des kollektiven Leistungsvertrags" gefeiert (Aganbegjan). Vor allem auf dem Land zur Förderung von Leistung und Produktivität, zur Entfaltung des "wirtschaftlichen Talents" propagiert, scheitern die Pachtsysteme nicht nur an fehlenden technisch-organisatorischen Voraussetzungen sondern auch am Mißtrauen der Bevölkerung. 1989 zogen in der sowjetischen Landwirtschaft nur 25% Pachtverträge für sich in Betracht. Hinter der "Trägheit" steht dabei i.d.R. das Mißtrauen gegenüber dem ökonomischen Risiko, die Mißbilligung und Sanktionierung eines Ausscheidens aus der (dörflichen) Gemeinschaft in Verbindung mit individuellem ökonomischem Aufstieg(a.a.O., S.199) oder ganz einfach die Verweigerung der höheren Leistungsanforderungen: **"Eine ausgesprochen negative Reaktion auf die Pacht findet sich bei einem Teil der Arbeiter, der sich unter den Bedingungen der Verantwortungslosigkeit und Gleichmacherei daran gewöhnt hat, ein gutes Einkommen zu haben, ohne sich zu überanstrengen"** (bei a.a.O., S.203).

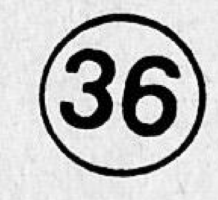
Neue Formen zur Durchsetzung des Arbeitszwangs

Der Versuch, durch die Koppelung von Leistung und Einkommen eine "moderne" Leistungsmentalität zu schaffen, ist allerdings nur eine Seite des neuen Lohnsystems und der neuen Wirtschaftsformen. Die andere Seite dieser Methoden zielt auf die Brechung von Leistungsverweigerung und die Verschärfung bzw. effektivere Durchsetzung des Arbeitszwangs. Zum einen bedeutet die Einkommensdifferenzierung für viele Einkommensverluste und darüber zusätzlichen Zwang zur Arbeit. Darüber hinaus dienen vor allem die verschiedenen Formen der Familien- und Kollektivverträge dazu, eine höhere Arbeitsdisziplin durchzusetzen und vor allem einen Zugriff auf die informelle Souveränität der Arbeitskollektive über den Arbeitsprozeß zu bekommen. Diese Vertragsformen bilden zunächst einmal marktähnliche Beziehungen zwischen dem betrieblichen Management und dem Arbeitskollektiv. Auf dieser Basis wird das gesamt Kontroll- und Disziplinierungsproblem über den Leistungsvertrag in das Arbeitskollektiv selbst verlegt.. Nicht von ungefähr werden erhöhte Arbeitsdisziplin, geringere Arbeitsverluste, gestärkter Kollektivgeist und Entfaltung schöpferischer Aktivitäten als wesentliche Pluspunkte der kollektiven Werkverträge gefeiert (Conert -c-, S.215).
Angesichts der Tatsache, daß **"die Arbeitskräfte ihre Pflicht ohne die geringste Kreativität erfüllen und im Grunde genommen nur ihre Arbeitszeit absitzen"** (Saslawskaja, S.189), gewinnt der Zugriff auf und die bewußte Gestaltung der produktiven Kooperation im Arbeitsprozeß für die sowjetischen Modernisierer eine immer stärkere Bedeutung. In diesem Sinne ist die Nähe der selbständigen Arbeitskollektive oder der Arbeitsbrigaden zu teilautonomen Gruppen in kapitalistischen Fabriken kein Zufall: **"Wenn man zuschaut, wie ein Fließband in der Schuhproduktion läuft, hat man den Eindruck, es gebe keine Reserven...Doch dann schließt die Belegschaft an diesem Fließband einen Werkvertrag. Wer nicht gewissenhaft arbeitet, wird von den anderen hinausgedrängt, wer in gewissen Handgriffen nicht versiert ist, wird geschult, die Arbeiter organisieren ihre Arbeit besser, erfinden eine Menge Kniffe, und sofort steigt die Arbeitsproduktivität, etwa in der erwähnten Modellwerkstatt der Schuhfabrik um beinahe 30%"**(Aganbegjan, S.117). Und es ist nur folgerichtig, wenn derselbe "Vater der Perestroika" die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation und -entlohnung in kleinen, "familienähnlichen" teilautonomen Gruppen in den höchsten Tönen lobt und zu dem Schluß kommt: **"Es gibt riesige ungenutzte Möglichkeiten, ein kolossales menschliches Potential, mit dem man nur richtig umgehen und das man aktivieren muß. Ich denke, mit unseren Experimenten im Bereich der kollektiven und Familienverträge...gehen wir in die**

richtige Richtung"(a.a.O.,S.121ff.).

Neue Methoden der Arbeitsmarktregulierung

Die sog. "ökonomischen Lenkungsmethoden" der "vollständigen Wirtschaftsrechnung", der "Eigenerwirtschaftung" und der "Selbstfinanzierung der Betriebe führt zu einer Beseitigung der "überflüssigen Beschäftigung" in den Betrieben sowie zur Schließung chronisch unrentabler Einheiten. Nach offiziellen Schätzungen (GOSPLAN und Wirtschaftswissenschaftliches Institut) werden in den nächsten Jahren 15 bis 16 Mio. Erwerbstätige "freigesetzt", bereits bis 1989 sind über eine Million Menschen entlassen worden. Die Arbeitslosigkeit wird in der SU offen als Disziplinierungsmittel diskutiert. So ist für den bereits erwähnten N. Schmeljow eine "maßvolle Arbeitslosigkeit" zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Leistungsbereitschaft unabdingbar (bei Aganbegjan, S.91). Die Arbeitslosigkeit wird dabei durchaus gezielt gehandhabt: In erster Linie ist die "Arbeitskraft niederer Qualität" (Unausgebildete, Undisziplinierte, Trinker) betroffen, dann alleinstehende Mütter, Alte und Kranke (Saslawskaja, S.135).
Mit dem Einsatz der Massenarbeitslosigkeit geht der Ausbau des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regulierungsinstrumentariums einher. Das betrifft zum einen Maßnahmen zur Steuerung der Berufswahl sowie Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme. Daneben kommt der geographischen Verteilung der Arbeitskraft eine gesteigerte Bedeutung zu (Conert -a-, S.56; Aganbegjan, S.96; Saslawskaja, S.165). Die Gebiete mit "Arbeitskräfteüberschuß" sind vor allem die armen Regionen in Mittelasien und Armenien, während die Baltischen Republiken, Weißrußland und große Teile der Ukraine über Arbeitskräftemangel klagen. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß Aganbegjan die Regulationsprobleme der Arbeitskraftverteilung mit dem niedrigen Bevölkerungswachstum in den letztgenannten Regionen und einer sehr starken Zunahme der Bevölkerung in Mittelasien (Usbekistan, Asserbeidschan, Tadschikistan und Turkmenien) in Verbindung bringt. Der Schritt, Bevölkerungspolitik als arbeitsmarktpolitisches Instrument einzusetzen, liegt hier sehr nahe(Aganbegjan, S.96). Ähnlich argumentiert Saslawskaja, wenn sie die "Überbeschäftigung" mit dem hohen Anteil weiblicher Erwerbsarbeit in Verbindung bringt:
"Ein derartig hoher Anteil weiblicher Erwerbsarbeit erscheint vom sozialen Gesichtspunkt nicht gerechtfertigt. Er wirkt sich negativ sowohl auf die Geburtenrate als auch auf die Kindererziehung aus. In den Städten und teilweise auch auf dem Land setzt sich die Ehe mit nur einem Kind als dominierender Familientyp durch, in der nicht einmal das einfachste Reproduktionsniveau des Bevölkerungsbestandes gesichert ist und die Qualität der Kindererziehung ernstlich beeinträchtigt wird" (Saslawskaja, S.135). Die Konsequenzen sind klar: Die Frau zurück an den Herd, höhere Gehälter für die erwerbstätigen Männer, ideologische Aufwertung der Familien- und Hausarbeit (a.a.O., S.135f.)
Auf einige weitere, im Prinzip höchst moderne Formen der Sozialpolitik sei abschließend kurz hingewiesen. Zum einen wird eine Umstellung der Renten und Pensionen diskutiert, die auf eine durchschnittliche Senkung bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung der Alterseinkommen abzielt und zugleich weitreichende Möglichkeiten der Altersbeschäftignug legalisiert. Auch hier wird ganz offen mit der "sozialistischen Gerechtigkeit" und der Ausschöpfung des gesellschaftlichen Arbeitspotentials argumentiert(a.a.O., S.206).
Die Subventionierung verschiedener sozialer und kultureller Dienstleistungen und vor allem der Mieten soll eingeschränkt werden und statt dessen reguläre Märkte für diese Dienste geschaffen werden. Auch hier steht die Steigerung der Effizienz, die Stimulierung zur Leistung im Vordergrund: **"Das Fehlen jeder Möglichkeit, sein Einkommen zur Verbesserung der Wohnungssituation zu verwenden, schwächt**



die stimulierende Wirkung des Lohns und das Interesse an einer intensiven und effizienten Arbeit ab" (a.a.O., S.207-219). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß von der Inflation und vom Konsumentenkredit als zwei höchst effizienten Methoden, Mehrarbeit zu erzwingen, gesprochen wird, mit denen der Kapitalismus beste Erfahrungen gemacht habe, die in der SU aber noch viel zu wenig verbreitet seien: Die Preise und Lebenshaltungskosten seien relativ stabil, und leider haben die meisten Familien in der SU auch keine Schulden und dürften noch nicht einmal welche machen(Aganbegjan, S.124f.).

3. Fazit und Perspektiven

Die sog. "Umgestaltung" ist nicht vom Himmel gefallen; sie steht vielmehr in einer Reihe mit mehreren "Reformansätzen" in der SU. Was die Perestroika von all ihren Vorgängern unterscheidet und was es rechtfertigt, von einem zweiten Modernisierungsangriff zu sprechen, sind zwei Dinge: Zum einen ist die Perestroika nicht als technisch-organisatorische Reform sondern als umfassende Umwälzung aller sozialen und ökonomischen Strukturen konzipiert. Sie zielt als sozialer Prozeß auf die Traditionen von egalitärem und leistungsfeindlichem Bewußtsein, die im Prinzip auch die Modernisierungskonzeption der Bolschewiki nicht brechen konnte. Und sie zielt mit den modernsten Methoden der Arbeitswissenschaft sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf die effiziente Durchsetzung des Zwangs zur Arbeit. Zum anderen - und das ist bisher nur vereinzelt angedeutet worden - stellt sie die Klassenkämpfe auf völlig neue Grundlagen, indem durch das Gesetz über den staatlichen Betrieb sowie durch die allgemeingültigen Prinzipien der "Eigenerwirtschaftung", der "vollständigen Wirtschaftsrechnung" und der "Selbstfinanzierung" die Loslösung der Betriebe von den Normen des zentralistischen Plans angestrebt wird. Die Betriebe und Wirtschaftseinheiten sollen zu entscheidugsautonomen Akteuren gemacht werden, die nicht mehr in erster Linie der Planerfüllung sondern dem Rentabilitätsziel verpflichtet sind. Die betrieblichen Manager können sich wie ihre kapitalistischen Kollegen verhalten, das System der "Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit" wird geknackt. Letztlich werden umfassende kapitalistische Marktbeziehungen angestrebt, während der staatliche Sektor auf eine Rolle wie etwa in Schweden reduziert wird (Schmeljow). Dabei wird die positive Rolle selbstbewußter und autonomer Gewerkschaften als Ansprechpartner der Betriebsführungen und Kontrollinstanz im Klassenkampf durchaus akzeptiert(Conert -b,c-).
Die Konsequenzen der Perestroika sind in zweierlei Hinsicht relativ eindeutig: Es wird zu massiven Klassenspaltungen und sozialen Ausdifferenzierungen kommen, die darüber hinaus von regionalen Differenzierungsprozessen begleitet werden. Die Aufmischung der sowjetischen Sozialstruktur ist erklärtes Ziel der Perestroika-Anhänger. Ihre Basis soll eine einkommensstarke und leistungsbewußte Schicht von Facharbeitern und High-Tech-Spezialisten sein, also eine Art Yuppietum in der SU. Daß dieser Prozeß nicht gradlinig verlaufen wird und mit dem Widerstandder Perestroika-Verlierer, der Unterklassen, der Leistungsunfähigen und -unwilligen gerechnet werden muß, wird in Rechnung gestellt, wie umfangreiche Studien zur sozialen Basis der Perestroika wie ihrer Gegner zeigen(Saslawskaja). Nicht nur die massiven Vorbehlate gegenüber der für 1991 angekündigten Preisreform, die stark anarcho-syndikalistisch geprägte Streikbewegung im Sommer 1989und die allgemeine Polarisierung der sowjetischen Gesellschaft, lassen hier harte Auseinandersetzungen erwarten.
Die Modernisierung der SU konzentriert sich auf absehbare Zeit auf wenige Regionen, nämlich die baltischen Republiken, Weißrußland und die Ukraine. Dies sind sowohl von der Infrastruktur als auch von der ökonomischen Leistungsfähigkeit her die industriellen Zentren sowie die Gebiete mit der modernsten Landwirtschaft.Insofern die kapitalistische Entwicklungslogik durchgesetzt wird, wird sich das regionale

Entwicklungsgefälle zu den mittelasiatischen Republiken weiter verschärfen. Gerade die begeisterte Aufnahme des sozial- und bevölkerungspolitischen Instrumentariums lassen eine Modernisierungspolitik der Verwertung und Vernichtung als nicht unwahrscheinlich erscheinen, so daß damit gerechnet werden kann, daß den drei Entwicklungszentren riesige Armutsregionen gegenüberstehen, die lediglich sozialpolitisch befriedet bzw. der Vernichtung/dem Hunger preisgegeben werden.
Die Durchsetzung kapitalistischer Strukturen in der SU ist nicht in erster Linie ein Erfolg des Kapitalismus. Die SU wurde nicht vom Kapital in die Knie gezwungen, die Modernisierungsschritte wurden den Herrschenden nicht widerwillig abgepreßt. Vielmehr existiert ein eigenständiges Modernisierungsinteresse, das sich bei den Apologeten der Perestroika mit den Bedürfnissen der transnationalen Konzerne verbündet. Selbstverständlich beinhalten die europäischen Neuordnungskonzepzte der Konzerne den Zugriff auf die SU, doch Gorbatschow selbst strebt ein "Paneuropa" an, in dem die SU ihre ökonomische Potenz einbringen und entfalten kann. Ähnlich wie das polnische Regime gegenüber dem IWF erwartet Gorbatschow durch eine forcierte Integration der SU in das neue Europa kapitalistische Durchdringung und irreversible Modernisierungsschritte. Mit Hilfe von außen soll das widerspenstige KLassenverhalten gebrochen werden. Dabei wird die regionale Ausdifferenzierung der SU wahrscheinlich noch betont: Wenn überhaupt engagieren sich westliche Unternehmen im Baltikum, in Weißrußland, der Ukraine und den Metropolen Moskau und Leningrad.
Sowohl für die Perestroika als auch für die Transnationalen ist das Verhalten der Unterklassen die große Unbekannte in ihren Modernisierungsstrategien: **"Es gibt zur Zeit in der Volksseele eine sehr bedenkliche Mischung aus Apathie und Aggressivität (...) Dies ruft einen Neidkomplex gegenüber dem Westen hervor, der indes nicht zu Leistungsbereitschaft, sondern zu unberechtigtem Anspruchsdenken führt"**(A. Lebahn, Leiter der Ländergruppe Sowjetunion und RGW-Staaten der Deutschen Bank, "Die Zeit", 11.1.1990). Die Wirtschaftskrise in der UdSSR läuft parallel mit einer "Krise der Wünsche", die letztlich hinter die konzertierte Aktion von Perestroika und transnationalem Kapital zu einer modernen Strategie der Verwertung und Vernichtung ein dickes Fragezeichen setzt.

Literatur:

Aganbegjan, A.: "Ökonomie und Perestroika", Kamburg 1989

Abalkin, L./Blinow, A.(Hg.): "Perestroika von innen", Düsseldorf 1989

Conert, H.: "Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus", Münster 1990

ders.: "Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im sowjetischen Reformprozeß", Gerkschaftl. Monatshefte, 8/1988, S.475-489

ders.: "Perstroika und die Arbeiter", WSI-Mitteilungen, 4/1988, S.207-217

Flaherty, P.: "Perestroika and the Soviet Working Class", Studies in Political Economy, Sommer 1989

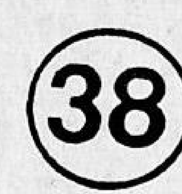
Saslawskaja, T.: "Die Gorbatschow-Strategie.Wirtschafts-und Sozialpolitik in der UdSSR", Wien 1989

DiLeo, R.: "Die Arbeiter und das sowjetische System", München 1973

"Ende des Kommunismus - und was nun", internationales Symposium, "Die Zeit", 29.12.1989

"Wir müssen weg vom Staatseigentum", Zeit-Gespräch mit N. Petrakow, "Die Zeit", 4.5.1990

"Chance für eine wirkliche Revolution", Zeit-Gespräch mit A. Lebahn, "Die Zeit", 11.1.1990



TERMINE

Die Termine der Aktionstage stehen auf Seite 7

Freitag 28.9.
20.00 Vorbereitungs VV zur Demo und den Aktionstagen um den 3.10 im Mehringhof, Gneisenaustr.2a

Samstag 29.9.
11.55 Demonstration gegen die Einverleibung der DDR- für ein selbstbestimmtes Leben, Treffpunkt Mehringplatz

Sonntag 30.9.
20.00 Film im EX: "Nieder mit den Deutschen
19.00 "Wir kochen vor Wut" Kiezküche mit Film (evtl. "EAT THE RICH" im Wedding im Rat+Tat, Liebenwalderstr.16

Montag 1.10.
10.00 Kundgebung vor der AusländerInnenbehörde Friedrich-Krause-Ufer im Rahmen der Aktionstage gegen Rassismus + Doitschen Größenwahn (mit Infos/ Musik/Redebeiträgen)

the day after 4.10.
20.00 Plenum zur Golfkrise im Mehringhof



Di, Mi, Do, 12°° - 20°°

Fr, ♀♀ + ⚢ 16°° - 22°°

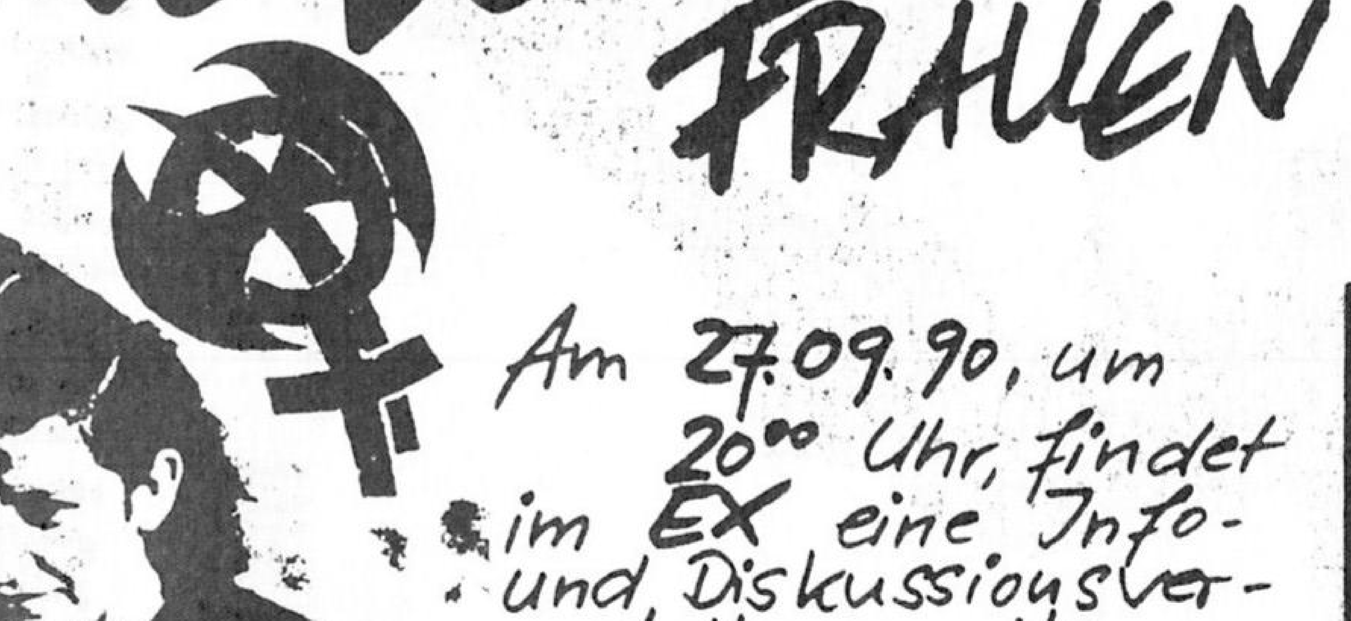
So, ab 12°° FRÜHSTÜCK

ERÖFFNUNG

Sonntag 30.9.90
12°° großes Frühstück mit ÜBERRASCHUNG

FRAUENFETE ZUR ERÖFFNUNG DES FRAUEN- + LESBENTAGS
FR. 5.10.90 20°° UHR

MARCHSTR. 23 U ERNST-REUTER



Am 27.09.90, um 20°° Uhr, findet im EX eine Info- und Diskussionsveranstaltung mit Ingrid Strobl statt.

- Was ist Patriarchat und welche Perspektiven können daraus im Kampf gegen die HERRschenden Verhältnisse auch bezogen auf die sogennante Linke für die radikale LesbenFrauenbewegung entwickelt werden?

Als Diskussionsgrundlage schlagen wir die Texte von Ingrid Strobl und den Schweizerinnen aus der Interim Nr. 114 (vom ...) vor

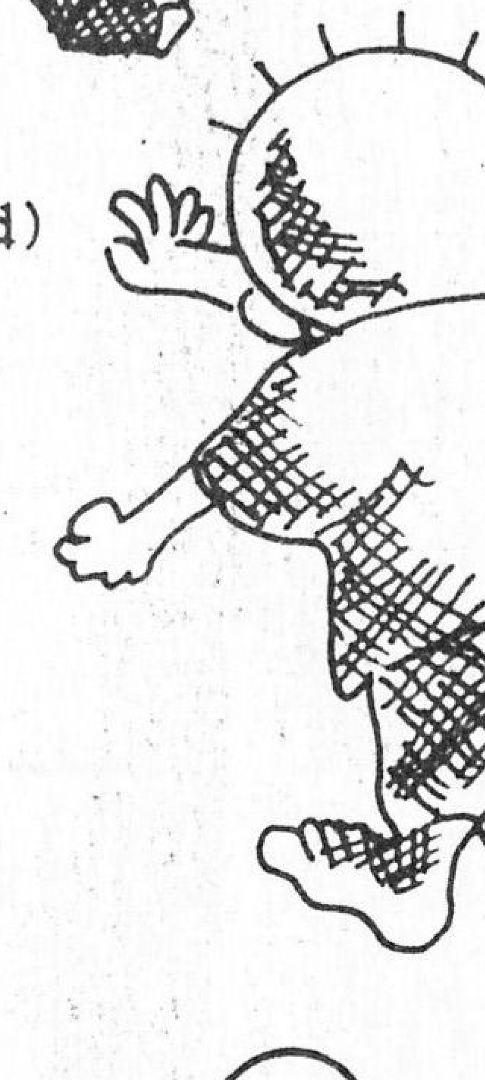
27.09.; 20°° Uhr; EX; Gneisenaustr. 2a; HH, links, die Kneipe



FREITAG 28.9.1990

FETE zur UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINENSISCHER PROJEKTE

19 Uhr Dias's zum Projekt
20 Uhr Oschak Al Ard
21 Uhr "Eck" (Bruno Eckard)
22 Uhr Blues + Rock Live
23 Uhr Disco



Palästina Büro

Thomas Weissbecker Haus
Wilhelmstr. 9
1000 Berlin 61
Tel: 2518539



Kommt zum

internationalistischen autonomen Frauenblock gegen Patriarchat und Kapital

innerhalb der Demo am 29.9.90 um 5 vor 12, Mehringplatz Berlin West

Wir halten fest an der radikal-feministischen Perspektive, daß das gesamte System imperialistisch-kapitalistisch patriarchaler Herrschaft unauflösbar zusammenhängt und nicht durch kleinere oder größere Veränderungen reformierbar ist.

Wir bleiben dabei:

Was von Menschen gemacht wird, kann auch von uns verändert werden!

Wir bekämpfen die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen durch die patriarchale Dreifaltigkeit von Wirtschaft, Staat und einzelnem Mann

Wir lehnen einen Wohlstand ab, der sich aus der Ausplünderung ganzer Völker und Kontinente speist

Wir lassen uns nicht befrieden in Verteilungskämpfen, in denen Deutsche und AusländerInnen, Ost- und Westdeutsche gegeneinander ausgespielt werden

Wir kämpfen nach wie vor und jetzt erst recht nicht um die Verteilung von ein paar Rosinen, sondern um den ganzen Kuchen, um die ganze Bäckerei und alles, was dazu gehört, um endlich selbst von unten bestimmen zu können, wie wir leben wollen.

Frauen/Lesben- VV am 25.9.90 20°° Uhr Mehringhof

Für einen starken internationalen Frauenkampf

Deshalb rufen wir auf zu einem autonomen internationalistischen Frauenblock gegen Kapital und Patriarchat

Für die ersatzlose Streichung des § 218!

Weg mit dem Ausländergesetz

Gegen ein neues Großdeutschland